



Wahlprogramm der CDU Mecklenburg-Vorpommern

(beschlossen auf dem 25. Landesparteitag der CDU MV, Ludwigslust, 21. Mai 2011)

KLAR UND ENTSCHLOSSEN

Inhaltsverzeichnis

- 1. Wo wir gern zu Hause sind - Für ein zukunftsfähiges, lebenswertes und sicheres Mecklenburg-Vorpommern**
- 2. Werte bewahren, Normen durchsetzen, Traditionen pflegen – Grundlagen einer dynamischen Gesellschaft festigen**
- 3. Durchstarten für eine starke Gemeinschaft - Wirtschaft und Arbeit schaffen soziale und gesellschaftliche Sicherheit**
- 4. Alle werden gebraucht – Freude über jedes Kind, Bildung stärken, Familien unterstützen, Senioren einbinden**
- 5. Sicherheit für alle, Recht und Gesetz einhalten, Verstöße umgehend bestrafen - Ein sicheres Land für alle Menschen**
- 6. Weil uns die Heimat am Herzen liegt – Unser Land weiter zukunftsfähig entwickeln**
- 7. Landwirtschaft, Forsten, Fischerei – Erhalt der Kulturlandschaft sichert Lebensgrundlagen für alle**
- 8. Mobilität als Grundrecht, bezahlbare Energie bis ins letzte Haus – Garantie für Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge**
- 9. Unseren Kindern und Enkeln keine Schulden – nachhaltige Finanzpolitik sichert Zukunft**

1.

Wo wir gern zu Hause sind - Für ein zukunftsfähiges, lebenswertes und sicheres Mecklenburg-Vorpommern!

Im Landtagswahlkampf 2006 hat die CDU für einen neuen politischen Stil und eine Politik des Miteinanders geworben. Wir wollten die Kräfte des Landes zusammenführen, aktivieren und Herausforderungen im Dialog anpacken. Am 7. November 2006 begann für Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiger Zeitabschnitt. Die CDU brachte das Land nach acht Jahren rot-roter Experimente wieder auf einen zukunftsfähigen Kurs. Wir haben den Reformstau beendet. Die CDU ist dynamischer Motor und fester Kern der Landesregierung..

Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise sind heute in Mecklenburg-Vorpommern 75.000 Menschen weniger arbeitslos als im letzten Jahr von Rot-Rot. Die wirtschaftliche Entwicklung zieht an. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse steigt. Der Tourismus entwickelt sich glänzend. Im Bildungsbereich räumt die Selbstständige Schule mit dem schulpolitischen Chaos auf. Die Hochschulen können sich wieder auf die Unterstützung des Landes verlassen. Im Dialog mit allen Beteiligten wurde eine neue Kreisgebietsreform erarbeitet. Die Polizeireform sichert die Präsenz der Polizei in der Fläche. Opfer von Straftaten rücken mehr in den Mittelpunkt der Politik. Familien und Kinder werden erstmals wirklich unterstützt. So müssen Eltern im letzten Kindergartenjahr ihrer Sprösslinge bis zu 980 Euro weniger zahlen. Kinder aus sozial bedürftigen Familien erhalten ein kostenloses Mittagessen. Auch die Haushaltskonsolidierung gelingt. Der Behindertensport bleibt eine wichtige Säule sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport des Landes und erfährt im Rahmen der Sportförderung in den Vereinen eine angemessene Beachtung.

Mecklenburg-Vorpommern hat seit 2006 keine neuen Schulden gemacht.

Wir stellen uns der Aufgabe, das Land in den nächsten fünf Jahren weiter voranzubringen. Demografischer Wandel, sinkende Finanzaufweisungen von Bund finanzstarken Bundesländern und Europäischer Union sind große Herausforderungen. Der Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln können wir nur mit einer starken Landesregierung gerecht werden, die klare Konzepte hat und entschlossen handelt.

Bis 2020 werden wir es schaffen, dass Mecklenburg-Vorpommern auf eigenen Füßen steht. Dafür wird die CDU ihren erfolgreichen Kurs der vergangenen Jahre konsequent fortführen. Wir haben durch eine kluge Haushaltspolitik gezeigt, dass sich Schwerpunkte ausprägen lassen, ohne neue Kredite aufzunehmen. Wir wollen diesen Weg fortsetzen. Die Landespolitik wird sich dabei auch selbst in die Verantwortung nehmen. Mit Beginn der Legislaturperiode wollen wir eine Enquetekommission einsetzen, die über eine Reform des Parlaments berät. So wollen wir die direkte Demokratie stärken und die Transparenz parlamentarischer Verfahren verbessern.

Es ist uns wichtig, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Dies entspricht unserem christlichen Menschenbild. Deshalb unterstützt die CDU Vereine, Initiativen, Verbände und Gruppen, die sich für die Demokratie engagieren. Wir wünschen uns starke Sozialpartner, die aktiv die soziale Marktwirtschaft mitgestalten.

Wir nehmen die Chancen des Föderalismus wahr. Das erhöht die Eigenverantwortung und ermöglicht uns, wichtige Entscheidungen vor Ort zu treffen. Wir werden uns in

europäische Debatten einbringen und immer wieder an den Grundsatz der Subsidiarität erinnern. Europa muss nur das regeln, was wir vor Ort nicht selbst besser können.

Mecklenburg-Vorpommern liegt im Herzen Europas. Wir profitieren von der EU-Förderung. Die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, insbesondere mit unserem Nachbarn Polen, bietet große Chancen für unser Land. Wir werden in der ehemaligen Grenzregion vor allem jene Projekte weiter unterstützen, die Menschen zusammen- und die wirtschaftliche Entwicklung voranbringen. Wir wollen mit Hilfe der Europäischen Union die Brückenfunktion des Landes nach Norden und nach Osten für mehr Austausch und eine intensivere wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit nutzen.

Wir legen unser Konzept für ein zukunftsfähiges, lebenswertes und sicheres Mecklenburg-Vorpommern vor. Wir zeigen damit, wie die Entwicklung unseres Bundeslandes in den kommenden fünf Jahren gestaltet werden kann, wenn die CDU in der Landesregierung führend Verantwortung trägt. Der Rahmen eines Landtagswahlprogramms reicht nicht, um jedes Thema vollständig und umfassend zu analysieren und zu diskutieren. Manches bleibt deshalb offen. Unser Programm gibt keine abschließenden Antworten. Wir wollen mit allen ins Gespräch kommen, denen Mecklenburg-Vorpommern am Herzen liegt. Diskutieren Sie mit und schreiben Sie uns Ihre Ideen und Vorstellungen!

Die CDU hat in der seit 2006 regierenden Großen Koalition viel erreicht. Das Land ist auf dem richtigen Weg. In den Kommunen sind unsere Landräte und die Kreistagsabgeordneten aktiv und engagieren sich für eine gute Entwicklung der Regionen.

Am 4. September wird gewählt. Die CDU tritt mit einer motivierten Mannschaft aus Männern und Frauen, Jüngeren und Älteren, Vertretern der verschiedensten Berufsgruppen an. Die Kandidaten der CDU sind entschlossen, auf allen politischen Ebenen Verantwortung zu übernehmen: Für unser Land. Für die Menschen. Für ein zukunftsfähiges, lebenswertes, sicheres und schönes Mecklenburg-Vorpommern.

Gehen Sie am 4. September zur Wahl. Geben Sie uns Ihr Vertrauen!

2.

Werte bewahren, Normen durchsetzen, Traditionen pflegen – Grundlagen einer dynamischen Gesellschaft festigen

Was haben wir erreicht

Für das Zusammenleben in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ist ein gemeinsamer Grundkonsens über Werte und Normen erforderlich. Werte bilden das Fundament einer Gesellschaft. Das kulturelle Erbe und unsere Traditionen stärken dieses Fundament. Unterschiedliche Formen der freiwilligen Organisation halten es zusammen.

Die CDU gestaltet als politische Kraft den gesellschaftlichen, demokratischen und technologischen Wandel. Orientierung gibt uns das christliche Menschenbild. Wir sind die lebendige Volkspartei der Mitte. Wir führen einen intensiven Dialog mit den Kirchen und den Jüdischen Gemeinden im Land.

Uns war es immer wichtig, den Zusammenhalt in der Gesellschaft auch durch attraktive Angebote der politischen Bildung zu vertiefen, die landesweit vorhanden sein müssen. Deshalb haben wir Vereine und Verbände unterstützt, die sich für Demokratie engagieren. Und wir haben seit 2006 im Bereich der politischen Bildung - unter anderem mit dem Projekt „Demokratie auf Achse“ - und in der Lehrerfortbildung wichtige Akzente gesetzt. Auch die von uns mit vorangebrachten Regionalen Zentren für demokratische

Kultur und verschiedene Initiativen für das Ehrenamt stärken den Zusammenhalt in der demokratischen Gesellschaft.

Was wollen wir von 2011 bis 2016 erreichen?

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an alle Einwohner im Land. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Das ist unsere ethische Grundlage für verantwortungsvolles politisches Handeln. Dennoch wissen wir, dass sich aus christlichem Glauben allein kein politisches Programm ableiten lässt. Die CDU ist offen für jeden, der die Würde des Menschen anerkennt, der demokratische Prinzipien wie Freiheit und Gleichheit achtet und somit die Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Auf diesem Fundament baut unsere gemeinsame Arbeit in der CDU auf.

Wir wollen die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ermutigen, dauerhaft füreinander Verantwortung zu übernehmen. Ehe und Familie haben für uns auch weiterhin vorrangige Bedeutung, so wie es im Grundgesetz verankert ist. Gleichzeitig achten wir anderen Formen des Zusammenlebens, in denen Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen und unterstützen diese vor allem dort, wo Kinder aufwachsen. Für Kinder trägt die Gesellschaft besondere Verantwortung, muss ihnen doch der Start ins Leben erleichtert werden.

Wir wissen, wie wichtig Religion und religiöse Bindungen für die Gemeinschaft sind. Sie fördern den Zusammenhalt und geben den Menschen Orientierung. Davon profitiert letztendlich auch der demokratische Staat. Deshalb bekennen wir uns zu den bestehenden Staatskirchen-Verträgen und zum Vertrag mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden.

Wir wissen um den Wert kirchlichen und karitativen Handelns in unserem Land und setzen uns weiter für den konfessionellen Unterricht an den Schulen ein. Der Erhalt sakraler Bauten ist uns gemeinsames Anliegen. Viele Kirchen sind von großem kulturhistorischem Wert. Sie sind fest eingebettet in gewachsene Kulturlandschaften und auch sichtbare Zeichen unseres Wertefundaments.

In der Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns sind der Schutz und die Förderung der niederdeutschen Sprache festgeschrieben. Die CDU bekennt sich zu diesem Verfassungsauftrag.

Die **freiheitlich-demokratische Grundordnung** wird erst lebendig, wenn sich Menschen dafür einsetzen. Dies gelingt am besten, wenn sie sich in Vereinen, Initiativen, Organisationen und Parteien organisieren, so ihre Interessen bündeln und um Mehrheiten werben.

Wir wollen ein sichtbares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Deshalb wollen wir durchsetzen, dass ab 2012 an allen öffentlichen Gebäuden, öffentlichen Einrichtungen und Institutionen an jedem Tag die Fahne unseres Bundeslandes, die Fahne der Bundesrepublik Deutschland und die Fahne der Europäischen Union wehen.

Wir stärken das Prinzip der wehrhaften Demokratie. Deshalb setzen wir den Weg der klaren Abgrenzung von den Feinden der Demokratie fort. Hierzu zählt auch, dass Kandidaten, die z.B. Bürgermeister oder Landrat werden wollen, schriftlich erklären müssen, dass sie für die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aktiv

einstehen und keiner verfassungsfeindlichen Partei angehören. Wir sind dafür, alle Möglichkeiten des Verbots verfassungsfeindlicher Organisationen und Parteien auszuschöpfen.

Die **politische Bildung** stärken wir institutionell. Der Schwerpunkt der Angebote soll weiter im ländlichen Raum liegen. Das wichtige Projekt „Demokratie auf Achse“ hat sich bewährt und soll dauerhaft fortgeführt werden. Wir streben eine Vernetzung mit den Angeboten der Regionalzentren für Demokratie und Toleranz an. Besonderes Augenmerk richten wir auf die politische Jugendarbeit, bei der die Mitwirkung an der Gestaltung der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft im Mittelpunkt steht. Dafür wird im Rahmen des Weiterbildungsförderungsgesetzes die Projektförderung als neuer Schwerpunkt ausgebaut.

Die Aufarbeitung von Unrecht in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR ist eine wichtige Aufgabe der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und ihrer Behörde. Deren Arbeit stärken wir.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen bei der **Benennung von Straßen und Plätzen** auf Persönlichkeiten der mecklenburgischen und pommerschen Geschichte zurückzugreifen und noch stärker diejenigen berücksichtigen, die Widerstand gegen die SED-Diktatur leisteten.

Die CDU stellt sich der Verantwortung für die deutsche Geschichte. Viele Menschen, die in Folge des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat vertrieben wurden, haben in Mecklenburg-Vorpommern ein neues Zuhause gefunden. Die CDU ist verlässlicher Partner für jene die heute als Spätaussiedler zu uns kommen.

Wir unterstützen die Arbeit der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sowie die Initiative des Bundesrates, den 5. August zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu erheben. Wir stehen der Errichtung von Gedenksteinen, die an Flucht und Vertreibung erinnern, aufgeschlossen gegenüber.

Wir unterstützen es, wenn durch die Benennung von Straßen und Plätzen auch an Orte und historische Persönlichkeiten aus diesen Regionen erinnert wird. Wir wollen prüfen, wie sich die Integration insbesondere der Spätaussiedler ggf. auch durch einen ehrenamtlich tätigen Beauftragten beim Landtag oder der Landesregierung verbessern lässt.

Wir freuen uns über jene Menschen, die - obgleich nach 1945 aus Mecklenburg-Vorpommern vertrieben oder geflüchtet - seit 1989 wieder in unser Land zurückgekehrt sind. Sie haben in den vergangenen Jahren mitgeholfen, die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern voranzubringen.

Die CDU-Ost legte bereits auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 ein umfassendes Schuldbekenntnis ab. Mit der Studie „Sichtbare und geheime Parteitransformation in der CDUD in der SBZ und Mitverantwortungsdiktatur DDR“ hat die CDU-Landtagsfraktion 2002 aktiv die Aufarbeitung der Geschichte der CDU in der DDR ermöglicht. Wir bekennen uns ausdrücklich zur weiter bestehenden Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Unrechtsstaat DDR.

Den **Medien** kommt in der Demokratie eine wichtige Rolle zu. Eine demokratische Gesellschaft braucht eine freie und vielfältige Medienlandschaft. Die Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, der wachsende wirtschaftliche Druck und die zunehmende Bedeutung des Internets stellen alle Medien vor große Herausforderungen.

Wir bekennen uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der durch die Gebühren der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen finanziert wird. Für uns sind der NDR als gemeinsame Rundfunkanstalt im Norden und Fenster Mecklenburg-Vorpommerns in die Welt sowie das Deutschlandradio als nationaler Hörfunksender von besonderer Wichtigkeit. Ein klar gefasster Rundfunkauftrag muss dazu führen, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Qualitäts- und Leitmedium in einer sich verändernden Medienlandschaft behaupten kann, ohne den Beitragszahler unverhältnismäßig zu belasten. Dafür werden wir uns im Rahmen der Rundfunkstaatsverträge einsetzen.

Private Rundfunkanbieter sehen wir als wichtige Akteure im dualen System.

Die lokalen Fernsehanbieter tragen zur Identifikation der Menschen mit ihren Regionen bei. Wir unterstützen deren Arbeit.

Die Printmedien sind besonders vom Umbruch in der Medienlandschaft betroffen. Wir wollen ihnen helfen, die Herausforderungen zu bewältigen, indem wir uns beim Bund und der Europäischen Union gegen weitere Werbebeschränkungen für Produkte und Dienstleistungen einsetzen. Im Landespressegesetz soll die Verpflichtung für Eigentümer festgeschrieben werden, in allen Medienbereichen im Impressum erkennbar zu sein. Zeitungsverlage sind für uns Wirtschaftsunternehmen, die deshalb bei Investitionen künftig auch in die Wirtschaftsförderung einbezogen werden können.

Das Internet wird nicht nur für die junge Generation immer mehr zum bevorzugten Informations- und Kommunikationsmittel. Die bestehenden Lücken in der Versorgung mit einem leistungsfähigen Internetzugang müssen kurzfristig geschlossen werden. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden Land und Kommunen gemeinsam erreichen, dass an allen Schulen und Bildungseinrichtungen des Landes die IT-Ausstattung modernen Ansprüchen gerecht wird. Zur Stärkung der Medienkompetenz aller Generationen streben wir eine engere Zusammenarbeit zwischen Landesmedienanstalt, Offenen Kanälen und den Akteuren der Politischen Bildung an.

3.

Durchstarten für eine starke Gemeinschaft – Wirtschaft und Arbeit schaffen soziale und gesellschaftliche Sicherheit

Was haben wir erreicht

Wir haben die Voraussetzungen für eine zielgerichtete Arbeits- und Wirtschaftspolitik geschaffen, die sich am 1. Arbeitsmarkt orientiert und so Menschen in reguläre Jobs bringt. Das wurde möglich durch ein starkes Ministerium, das die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Tourismus wieder vereint und so Politik „aus einem Guss“ ermöglicht. Der Erfolg zeigte sich nicht zuletzt während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009, als der Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern weitgehend stabil blieb. Auch ohne teuren öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zeigten sich spürbare Fortschritte. Heute haben wir mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze als im November 2006. Deutlich weniger Menschen sind arbeitslos.

In der Ansiedlungspolitik gibt es zunehmend Erfolge. Die Gesundheitswirtschaft boomt, der Tourismus entwickelt sich stabil auf einem hohen Niveau. Die Zusammenarbeit in der Forschung und beim Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen hat sich verbessert. So sind vielfach innovative Produkte entstanden, die sich auf dem Weltmarkt behaupten. Der im Land inzwischen festzustellende Trend zu einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung muss weiter unterstützt werden. Die anwendungsorientierte Verbundforschung sichert den Aufbau weiterer wissenschaftlicher Arbeitsplätze.

Was wollen wir von 2011 bis 2016

Die Wirtschaft ist das Rückgrat jeder Gesellschaft. Wir können nur das verteilen, was zuvor erarbeitet wurde. In Mecklenburg-Vorpommern bestimmen mittelständische Firmen die Wirtschaftsstruktur. Wir stärken deshalb vor allem kleinere sowie inhabergeführte Unternehmen und unterstützen diese gegen unlauteren Wettbewerb.

Berufliche Bildung und Fortbildung wird immer wichtiger. Um die berufliche Bildung praxisnah und in hoher Qualität zu sichern, werden wir eine enge Verzahnung zwischen Bildungs- und Wirtschaftsministerium sicherstellen.

Unser Augenmerk richten wir dabei verstärkt auf die Berufsfrühorientierung von Mädchen und Jungen. Den etablierten „Girls' Day“, der bundesweit Mädchen Einblick in sogenannte Männerberufe gibt, wollen wir durch besondere Angebote für Jungen ergänzen. Männliche Jugendliche sollen die Chance erhalten, traditionelle Frauenberufe kennenzulernen. Unser Ziel ist es, beide Angebote auf einen Aktionstag zu konzentrieren.

Wir sorgen dafür, dass die erfolgreiche Arbeit des Mittelstandsbeirates fortgesetzt wird. Im Bündnis für Arbeit werden Landespolitik und Sozialpartner gemeinsam über den Fachkräftebedarf beraten und neue Strategien entwickeln, um Arbeitslose wieder in feste Jobs zu bringen.

In der **Wirtschaftsförderung** setzen wir uns nach wie vor dafür ein, dass in Mecklenburg-Vorpommern mehr Produkte weiterverarbeitet und veredelt werden. Eine höhere Wertschöpfung schafft mehr Beschäftigung und wirkt sich letztendlich auch positiv auf die Einkommenssituation aus. Schwerpunkte werden deshalb die Stärkung des verarbeitenden Gewerbes sowie die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation sein. Über Löhne und Gehälter entscheidet der Markt. Unternehmen müssen wettbewerbsfähig sein. Das sind sie mit innovativen Produkte und Leistungen. Damit lassen sich neue Märkte erschließen und die Exporte steigern. Hohe Produktivität ist die Basis für Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Von 2014 an stehen uns weniger Fördermittel der Europäischen Union zur Verfügung. Dies berücksichtigen wir bei der künftigen Wirtschaftsförderung. Es ist wichtig, die Investitionsquote höher als in vergleichbaren westdeutschen Flächenländern zu halten. Wir werden uns darauf konzentrieren, die industrielle Wertschöpfung im Land zu erhöhen, die Innovationsfähigkeit und die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft zu stärken. Die Gesellschaft für Struktur- und Arbeitsmarktentwicklung (GSA) und das Landesförderinstitut (LFI) sollen miteinander verschmolzen werden. Sie können sich hervorragend ergänzen und damit effizienter arbeiten.

Wer als Arbeitgeber erfolgreich sein und bleiben will, braucht motivierte Mitarbeiter und attraktive Arbeitsbedingungen. Dazu zählt, dass die konkrete Arbeitsleistung des Einzelnen anerkannt wird. Wer gute Auszubildende und Fachkräfte finden und binden will, muss bei Arbeitsbedingungen, Löhnen und beruflichen Perspektiven konkurrenzfähig sein. Die CDU steht ohne Wenn und Aber zur Tarifautonomie. Diese muss allerdings auch tatsächlich praktiziert werden. Deshalb brauchen wir starke Sozialpartner. Einen gesetzlichen, branchenübergreifenden Einheitslohn lehnen wir ab, weil dieser die tarifliche Lohnfindung aushebelt. Wir werden mit den Sozialpartnern in einem neu belebten Bündnis für Arbeit jedoch branchen- und regionalspezifische Lösungen finden, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Akteure zu gewährleisten.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Voraussetzung für gute Beschäftigungschancen. Wir setzen uns deshalb für flexible Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen ein.

Die Wirtschaftsförderung soll kleine Unternehmen und Ausgründungen aus Hochschulen, die Marktnischen mit neuen Produkten besetzen, stärker in den Fokus nehmen. Hierfür wird das Kleindarlehenprogramm verlängert und die Maximalförderung angehoben.

In Mecklenburg-Vorpommern wird die regionale Wirtschaft stark durch das Handwerk geprägt. Das Handwerk ist die tragende Säule des Mittelstandes. Wir brauchen leistungsfähige Handwerksbetriebe. Deshalb führen wir die erfolgreiche Meisteroffensive für das Handwerk fort und vernetzen diese mit entsprechenden bundesweiten Initiativen.

Gerade kleine Unternehmen und Existenzgründer brauchen ein ortsnahes Bankensystem. Wir sehen Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken deshalb als unverzichtbar an.

Die Zusammenarbeit im vereinten Europa wird für Mecklenburg-Vorpommern immer wichtiger. Wir setzen uns dafür ein, gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, dem Landestourismusverband, der Krankengesellschaft und den Hochschulen von Verbindungsbüros des Landes in den baltischen Staaten und im Nachbarland Polen zu ermöglichen. Ziel soll es sein, Wirtschaftskontakte zu fördern, Auszubildende, Studenten und Fachkräfte auf die Chancen in Mecklenburg-Vorpommern aufmerksam zu machen und für den Tourismus zu werben.

Um Mecklenburg-Vorpommern europäisch besser zu positionieren, stärken wir die Europafähigkeit der Verwaltung – auch ihre Sprachkompetenz - durch gezielte Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Der Abbau von Bürokratie bleibt für uns auf der Tagesordnung. Für neue Gesetze, aber auch Verordnungen, die vom Landeskabinett beschlossen werden, führen wir eine **Folgenabschätzung** ein. Damit müssen die Notwendigkeit neuer Regelungen begründet und Alternativen geprüft werden. Außerdem sollen die Kosten offengelegt werden, die auf das Land, die kommunalen Körperschaften und die private Wirtschaft zukommen.

Staatliche Verwaltungen auf allen Ebenen fordern wir auf, die Unternehmen durch den „Dschungel“ von bundes- und europarechtlichen Vorschriften zu führen.

In der **Arbeitsmarktpolitik** wird das Land weiter – die Bundesagentur für Arbeit bzw. die Sozialagentur flankierend - aktiv sein. Schwerpunkt wird die Integration arbeitsloser Frauen und Männer in den 1. Arbeitsmarkt bleiben.

Um den Fachkräftebedarf in einzelnen Branchen zu decken, wollen wir

1. Erwerbsfähige, die bisher nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen, durch Aus-, Fort- und Weiterbildung aktivieren,
2. die Anerkennung für im Ausland erworbene Berufs- und Studienabschlüsse vereinfachen und
3. das Anwerben von Mitarbeitern aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und des Schengen Raumes unterstützen, wenn es einen nachweisbaren Bedarf gibt.

Wir werden zum 1.1.2014 ein eigenes Landesprogramm „Ausbildung statt Hartz IV“ schaffen. Dieses soll helfen, junge Männer und Frauen, die eine Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) erhalten, fit für eine Ausbildung zu machen. Durch individuelle Hilfe- und Förderpläne soll dabei die Qualifizierung konkret auf die Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten werden. Zuwendungsempfänger des Programms sollen Landkreise und kreisfreie Städte werden.

Ebenfalls zum 1.1.2014 werden wir ein Landesprogramm „Arbeit statt Hartz IV“ schaffen, das mit individuellen Förderplänen Langzeitarbeitslosen den Rückweg auf den 1. Arbeitsmarkt ebnen soll. Auch hier werden die Landkreise und kreisfreien Städte Zuwendungsempfänger sein.

Zur Unterstützung der Integration in den Arbeitsmarkt werden wir durchsetzen, dass Leistungsempfänger nach dem SGB II, die ohne ausreichende Deutschkenntnisse sind, an Sprachkursen teilnehmen.

Das im Juli 2010 gestartete Projekt Bürgerarbeit des Bundes begleiten wir weiter. Mit diesem wird Arbeitslosengeld II-Empfängern der Einstieg in den 1. Arbeitsmarkt geebnet.

Die **Gesundheitswirtschaft** ist eine Zukunftsbranche in Mecklenburg-Vorpommern. Selbst im Krisenjahr 2009 nahm hier die Beschäftigtenzahl zu. Die Vernetzung von Gesundheitswirtschaft und Tourismus bringt weitere Impulse. Die CDU setzt sich dafür ein, dass sich diese zukunftssichere Branche weiter gut entwickelt und so noch mehr dauerhafte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen. Die CDU setzt sich für neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Gesundheitswirtschaft, Gesundheits-, Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen mit den Tourismusunternehmen ein. Dazu gehört auch, es Pflegebedürftigen und behinderten Menschen zu erleichtern, mit ihren Angehörigen Urlaub in unserem Land zu machen.

Grundlage für eine wohnortnahe medizinische Versorgung ist das Hausarztssystem. Dieses wollen wir in seiner Leistungsfähigkeit sichern und fördern, indem wir

1. den Berufswunsch Facharzt für Allgemeinmedizin stärken. 2. Hemmnisse bei der Facharztausbildung sollen beseitigt werden. Die Koordinierungsstelle für die Förderung der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin von Landeskrankenhausgesellschaft, Landesärztekammer und Kassenärztlicher Vereinigung wird gesichert.

3. Die Kassenärztliche Vereinigung wird dabei unterstützt, mit Umsatzgarantien und Investitionsförderungen die Gesundheitsversorgung in dünn besiedelten Regionen zu gewährleisten. Wir legen besonderes Augenmerk auch auf die Sicherung des Fachkräftebedarfes in den nichtärztlichen Gesundheitsfachberufen.

Mit dem Modell AGnES, bei dem Gemeindefachärztinnen mit Aufgaben im Gesundheits- und Pflegebereich betraut werden, mit Außensprechstunden niedergelassener Ärzte und mit Hilfe der Telemedizin werden herkömmliche Arzt-Sprechstunden sinnvoll ergänzt. Trotzdem bleibt die hausärztliche Versorgung insbesondere im ländlichen Raum unser Schwerpunktthema. Mit den kommunalen Landesverbänden wollen wir Wege finden, wie der ländliche Raum als Arbeitsplatz für junge Ärztinnen und Ärzte an Attraktivität gewinnen kann. In Frage kommen unter anderem die Bereitstellung von kommunalen Grundstücken, die Vergabe günstiger Landeskredite zum Wohnungsbau und zur Praxisübernahme sowie die kostenlose Bereitstellung von Unterkünften für Weiterbildungsassistenten und Praktikanten. Wir werden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Einrichtung mobiler Praxen sowie wechselseitiger Konsultations- und Sprechstundenpunkte prüfen, um damit für Alle eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Dies ist gerade für ältere Menschen im ländlichen Raum unerlässlich.

Wir wissen, dass viele Ärzte in ländlichen Regionen aus Altersgründen ihre Praxis aufgeben und uns in fünf bis acht Jahren ein wirklicher Ärztemangel droht. Um diese Gefahr abzuwenden, werden wir gemeinsam mit den Landkreisen ein Stipendienprogramm auflegen. Medizinstudenten, die das Physikum bestanden haben und an den Universitäten Greifswald und Rostock studieren, bieten wir ein Stipendium von monatlich 500 Euro an. Im Gegenzug verpflichten sich diese, nach der Facharztausbildung fünf Jahre in einem

Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern als niedergelassener Arzt oder als Amtsarzt zu arbeiten.

Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung ist das Ziel der Politik der CDU. Dafür gilt es, die Mobilität der Patienten zu verbessern. Wir wollen daher alternative Bedienungsformen, wie Anruf-Sammel-Taxi, Anruf-Bus und Bürgerbus, im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) stärker berücksichtigen.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine sehr gute Pflege-Infrastruktur: Über 400 ambulante Pflegedienste, mehr als 70 Tagespflegeeinrichtungen und 236 stationäre Pflegeeinrichtungen sichern eine bedarfsgerechte Versorgung im Land.

Unser Ziel ist es, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Deshalb unterstützt die CDU mit großem Nachdruck generationsübergreifende Wohnformen, den Um- und Ausbau seniorengerechter, barrierefreier Wohnungen sowie betreute Wohnformen – auch für Menschen mit Behinderungen.

Dem Fachkräfteproblem in der Pflegebranche stellen wir uns. Die CDU setzt sich auf Bundesebene konsequent für die Reform der Pflegeausbildung ein. Wir unterstützen die Verbesserung der Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten im Land. Wir sind für eine leistungsgerechte Finanzierung der Pflegeeinrichtungen, den Abbau des West-/Ost-Lohngefälles sowie die Anerkennung der Tarifvereinbarungen für Beschäftigte durch die Kostenträger.

Zur Verbesserung einer wohnortnahen Betreuung und Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich die CDU konsequent für neue Modelle der Vernetzung von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen ein. Dazu gehört der Ausbau von Präventions- und Beratungsangeboten durch spezialisierte Pflegedienste vor Ort sowie die Entlastung der Hausärzte durch engere Kooperation mit den Pflegediensten.

Unverzichtbares Element für eine stabile ärztliche und pflegerische Versorgung ist und bleibt der Abbau von bürokratischen Hemmnissen und zeitintensiven Genehmigungsverfahren.

Die meisten Pflegebedürftigen werden durch ihre Angehörigen versorgt. Die CDU setzt sich für eine stärkere Entlastung pflegender Angehöriger, aber auch für ergänzende Hilfen ein.

Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf Integration in das gesellschaftliche Leben. Die CDU unterstützt alle Aktivitäten zur besseren Einbindung behinderter Menschen in das soziale Umfeld und den Arbeitsmarkt.

Viele Menschen mit Behinderungen werden in ihren Familien betreut. Der Bedarf an ergänzenden Betreuungsmöglichkeiten steigt. Die CDU setzt sich für die Schaffung von integrativen Wohn-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen ein, die den betroffenen Menschen auch künftig ein würdevolles Miteinander ermöglichen.

Im **Tourismus** liegen nach wie vor Chancen. Wir freuen uns über jeden, der nach Mecklenburg-Vorpommern kommt und hier seinen Urlaub verbringt: Ob auf dem Campingplatz oder im Hotel, in einer Pension oder Ferienwohnung, als Individualtourist oder Gruppenreisender, über junge Leute, über Senioren und über Familien. Mecklenburg-Vorpommern bietet für jeden das Richtige.

Wichtiges Ziel bleibt, die Saison zu verlängern. Deshalb werden wir mithelfen, touristische und kulturelle Angebote enger zu verknüpfen. Außerhalb der Hochsaison bieten sich Wander-, Kultur-, Wellness- und Gesundheits-, aber auch kulinarische Genussreisen an.

Noch stellen die Ostseeküste und die Mecklenburgische Seenplatte den Schwerpunkt der touristischen Nachfrage dar. Durch attraktive Angebote und eine bessere Vermarktung von Tagesreisen zu ausgewählten Sehenswürdigkeiten und Museen kann die

Aufmerksamkeit der Gäste auch stärker auf das Binnenland gerichtet werden. Auch ein besseres Angebot an naturnahen Rad- und Wanderwegen kann das Binnenland attraktiver machen.

Wir werden die Förderung von kleinsten Beherbergungsunternehmen im ländlichen Raum weiterführen, da sich mit diesen Investitionen die Qualität und die Attraktivität des Tourismus auf dem Land verbessern.

Die Nähe zu den Großstädten Hamburg und Berlin, aber auch zu Stettin gilt es, offensiver zu nutzen. Mecklenburg-Vorpommern kann zum „Garten der Metropolen“ werden.

Der Gesundheitstourismus ist einer der großen Zukunftsmärkte. Präventionsangebote lösen dabei mehr und mehr die klassischen Kuren ab. Ein entscheidender Faktor bei der erfolgreichen Entwicklung dieses Segments ist die Erhöhung der Servicequalität. Deshalb sind Strategien erforderlich, die mit guten Arbeitsbedingungen und Löhnen auch entscheidend zur Nachwuchssicherung beitragen.

Voraussetzung für ein und erfolgreiches touristisches Marketing ist ein klares Profil mit konkreten Themen und Zielgruppen. Wir sorgen für eine enge Verbindung zwischen Landesmarketing und Tourismuswerbung. Wir verstärken die Werbung in Fernsehen und Kinos, um deutschlandweit auf unsere Region aufmerksam zu machen. Ziel ist es, möglichst viele Partner des Landes in eine gemeinsame Marketingkampagne einzubeziehen und so eine konzertierte Imagewerbung für unser Land zu erreichen.

Der Tourismus entlang der Küstengewässer kann noch verbessert werden. Land und Kommunen werden gemeinsam erreichen, dass die Lücken zwischen bestehenden Häfen für Freizeitkapitäne geschlossen werden. Besonders dringlich ist die Einrichtung eines Etappenhafens zwischen den Hansestädten Rostock und Stralsund.

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist Voraussetzung für eine ausgewogene **Sozialpolitik**. Diese hilft jenen, die kurzzeitig oder dauerhaft auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen sind. Die CDU bekennt sich zu einer solidarischen Gesellschaft auf Basis christlicher Solidarität und Nächstenliebe.

In Mecklenburg-Vorpommern haben sich vielfältige Betreuungs- und Hilfsangebote für alle Altersgruppen etabliert. Diese Leistungen auch künftig zu sichern, ist Ziel der CDU. Parallel setzen wir auf die Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Soziale Unterschiede dürfen bei der Betreuung keine Rolle spielen.

Den Wohlfahrtsverbänden garantieren wir Planungssicherheit für die gesamte Legislaturperiode. Die wichtigen Zuschüsse des Landes für Verbände der Freien Wohlfahrtspflege werden fortgeschrieben. Gleichzeitig werden wir mit den Verbänden über eine Konzentration und Verzahnung der Angebote sprechen.

4.

Alle werden gebraucht – Freude über jedes Kind, Bildung stärken, Familien unterstützen, Senioren einbinden

Was haben wir erreicht

Auf dem Weg zu einem familien- und kinderfreundlichen Bundesland sind wir gut vorangekommen. Auf Initiative der CDU konnten die Landeswettbewerbe „Familienfreundliches Unternehmen“ und „Familienfreundliche Kommune“ starten. Die CDU hat durchgesetzt, dass die Eltern um bis zu 960 Euro jährlich von den Kosten für die Kinderbetreuung im Vorschuljahr entlastet werden. Das kostenfreie Mittagessen für Kinder aus sozial schwächeren Familien in Kitas haben wir gesetzlich abgesichert. Durch die Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder gestalten wir einen optimalen und flexiblen Übergang vom Kindergarten zur Grundschule.

Die Selbstständige Schule ist inzwischen ein Erfolgsmodell. Sie ist der Ort, an dem Kinder und Jugendliche individuell gefordert und gefördert werden. Grundschulen, Regionale Schulen, Gymnasien und Berufliche Schulen sind ein fester Bestandteil des Schulsystems. Dies gilt ebenso für Schulen in freier Trägerschaft. Die CDU hat den Ausstieg aus der (Zwangs-)Teilzeit für Lehrerinnen und Lehrer durchgesetzt. Das Junglehrerprogramm beginnt zu wirken. Das Lehrerbildungsgesetz schafft den Rahmen für eine moderne, stärker praxisorientierte Förderung junger Lehrer.

Für den wissenschaftlichen Nachwuchs haben wir höhere Stipendien durchgesetzt. Der künstlerische Nachwuchs wird gefördert. Das Landeshochschulgesetz erweitert die Autonomie der Hochschulen. Durch die abgeschlossenen Zielvereinbarungen sind für die Hochschulen gesicherte Rahmenbedingungen geschaffen worden. Unsere wissenschaftlichen Einrichtungen haben gerade in jüngerer Vergangenheit sichtbar aufgeholt und internationales Niveau erreicht.

Wir haben das modernisierte Weiterbildungsgesetz auf den Weg gebracht. Die Mitwirkungsrechte der Älteren haben wir durch das Seniorenmitwirkungsgesetz gestärkt.

Was wollen wir von 2011 bis 2016

Unsere Politik wird vom christlichen Menschenbild geleitet. Wir freuen uns über **jedes Kind**. Alle Kinder sollen spüren, dass sie willkommen sind. Wir wollen die Entscheidung für ein Kind leicht machen. Eltern, die Angst vor der Zukunft haben, wollen wir helfen. Wir werden Vereine und Verbände sowie soziale Einrichtungen zur Förderung der Familienarbeit unterstützen. Ziel ist es, deren Arbeit stärker mit anderen Angeboten zu verbinden und zu konzentrieren, um gute Beratung und echte Hilfe aus einer Hand zu gewährleisten. Die Gemeinschaft ist für Kinder da.

Bildung und Erziehung haben ihre Grundlage in der Familie. Hier wird das Fundament für das Erlernen der Sprache und sozialer Kompetenzen gelegt. Wir wollen Familien und junge Eltern bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen und Eltern stark machen für die Erziehung ihrer Kinder. Deshalb fördert das Land viele Beratungsangebote. Dafür werden wir das Projekt „Eltern stark machen“ fortführen.

Bildung ist ein langfristiger Prozess, der – dies stellt die aktuelle PISA-Studie heraus – dann erfolgreich ist, wenn Schulen über ausreichend Autonomie verfügen und wenn bereits eine gute vorschulische Bildung existiert. Alle Kinder und Jugendlichen sollen im Unterricht ihre Begabungen und Neigungen voll entfalten können. Grundlegende Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen sowie sozial-kommunikative Kompetenzen müssen dabei systematisch entwickelt werden. Strukturveränderungen im Regelschulsystem wird es mit uns nicht geben. Wir stehen für Verlässlichkeit und Kontinuität.

Von der **Betreuung** der Kleinsten in den Kitas bis zur Grundschule wird der Bildungsplan umgesetzt. Die bereits in Gang gebrachten Verbesserungen bei der Erzieherinnenausbildung sowie eine kontinuierliche Fortbildung werden weitergeführt. Die wichtigste Aufgabe ist die Sicherung der Qualität in den Einrichtungen. Während Schule und Hochschule gebührenfrei besucht werden können, müssen die Eltern für die frühkindliche Bildung noch bezahlen. Zwar können Eltern im Vorschuljahr bis zu 980 Euro sparen, trotzdem fallen die Ausgaben für Kindergarten oder Tagesmutter gerade Geringverdienern schwer. In einem nächsten Schritt wollen wir daher mit Schuljahresbeginn 2012 die Eltern auch im vorletzten Kita-Jahr bei den Betreuungskosten entlasten.

Gemeinsam mit den Kommunen werden wir einen Weg finden, in den Bildungseinrichtungen für alle Kinder ein gesundes, vollwertiges und zugleich bezahlbares Mittagessen anzubieten.

Zuständig für die Kinderbetreuung soll künftig das Bildungsministerium allein sein.

Für Kinder, die in einem Elternhaus ohne deutsche Muttersprache aufwachsen, soll es von Herbst 2012 an Pflicht sein, vom dritten Lebensjahr an den Kindergarten zu besuchen. Wir sichern ihnen so einen guten Start in der Schule.

Die **Selbstständige Schule** hat sich etabliert. Wir geben den Schulen schrittweise weitere Gestaltungsmöglichkeiten. Dabei werden wir Bürokratie abbauen und Berichtspflichten deutlich reduzieren. Zentrale Prüfungen und Vergleichsarbeiten sorgen für einheitliche Standards in Mecklenburg-Vorpommern. Ziel ist es, dass die Schulen bis 2016 Budget- und Personalhoheit erhalten. Die Schulämter sollen sich ab 2016 auf die Fachberatung konzentrieren. Zudem sollen sie die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen organisieren und kontrollieren sowie Hilfestellungen bei der Unterrichtsvertretung leisten.

Die **Grundschulen** knüpfen an die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten und der Tagespflege an. Im Vorschuljahr arbeiten Kindergarten und Grundschule künftig noch enger zusammen, um allen Kindern einen fließenden Übergang in die Schule zu ermöglichen. Wir wollen die Schulen bei der Gestaltung einer flexiblen Schuleingangsphase, in der auch jahrgangsübergreifende Klassen eingerichtet werden können, unterstützen und verbindliche Lernziele festlegen.

Kindergarten, Grundschule und Hort werden vernetzt. Wo immer es möglich ist, sollen Grundschule und Hort an einem Ort angeboten werden, um mehr Ganztagsangebote zur Verfügung zu stellen.

Wir bekennen uns zu einem Werte vermittelnden Religions- oder Philosophieunterricht an allen Schulen.

An den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern erlernen die Schüler sowohl die Nationalhymne als auch das Mecklenburg- oder das Pommernlied. So stärken wir in einer globalisierten Welt das Heimatbewusstsein als verbindendes Element.

Die **Regionalen Schulen** sichern die Ausbildungsreife sowie den Übergang zur beruflichen Ausbildung und zum Fachgymnasium. Wir wollen im ländlichen Raum weiterführende Schulen erhalten und prüfen das Modell der Kleinen Regionalen Schule.

Wir unterstützen enge Kooperationen zwischen der Wirtschaft und den Schulen. Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss muss deutlich gesenkt werden. Ziel bleibt es, durch individuelle Förderung und Unterstützung mindestens den Schulabschluss „Berufsreife“ zu sichern.

Das **Gymnasium** ist ein wesentlicher Bestandteil unseres bewährten Bildungssystems und muss in seiner aktuellen Struktur erhalten werden. In diesem Zusammenhang lehnen wir die Konzeption der Einheitsschule und eine Ausweitung des längeren gemeinsamen Lernens bis zur achten Klasse ab. Zentrale Aufgabe der Gymnasien ist die Studienvorbereitung. Kooperationsprojekte mit Hochschulen und Unternehmen sollen den Leistungsgedanken stärken. In der Schule wird nicht nur Wissen vermittelt. Auch die Ausbildung von Kommunikationsfähigkeit und die Stärkung sozialer Kompetenzen gehören unserer Auffassung nach gleichberechtigt dazu.

In den kommenden 10 Jahren sind die Schülerzahlen relativ stabil. Wir werden diese Zeit nutzen, eine dauerhaft lebensfähige und wohnortnahe Schulstruktur zu sichern. Die Schulwege sollen möglichst kurz sein. Wo möglich, wird es Ganztagschulen geben, die eng mit regionalen Vereinen und Verbänden zusammenarbeiten.

Die Einführung von Kopfnoten für Mitarbeit, Ordnung, Fleiß und Betragen bleibt das Ziel der CDU.

Im Rahmen des Unterrichts sollen Kinder das Schwimmen lernen können. Wir werden uns dafür einsetzen, dies bereits in der Grundschule in den Sportunterricht zu integrieren.

Ab dem Schuljahr 2012/2013 werden die Durchschnittsnoten aller Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, nach Jahrgang und Fächern gegliedert, leicht zugänglich im Internet zu sehen sein. Dies stärkt die Transparenz und gibt Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrern sowie der interessierten Öffentlichkeit eine Orientierung.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern strebt eine bundesweite Vereinheitlichung der Schulsysteme an. Wir wollen, dass die Schulabschlussprüfungen zwischen den Bundesländern besser vergleichbar sind. Dazu sollen in einem ersten Schritt gemeinsame Aufgabenpools aller Bundesländer für die Abiturprüfungen eingerichtet werden.

Schulen in freier Trägerschaft sind eine sinnvolle und notwendige Ergänzung des staatlichen Bildungssystems. Die Fördersätze der Schulen in freier Trägerschaft werden wir stabilisieren.

Den gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Schüler werden wir durch Integration mit Augenmaß gestalten. Dabei ist eine individuelle Förderung sicher zu stellen.

Die Förderschulen entwickeln sich zu Kompetenzzentren, die Beratungsaufgaben und die alltagsbezogene Fortbildung der Regionalschullehrer in sonderpädagogischen Fragen übernehmen.

Das **Lehrerpersonalkonzept** hat seit 1995 die Kündigung von Lehrkräften verhindert, aber auch die Vollbeschäftigung vieler beschränkt. Inzwischen ist vereinbart, dass die Regelung schrittweise ausläuft. Wir stellen uns dem Wettbewerb um Lehrkräfte. Die CDU fordert deshalb die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten.

Aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden aktuell unter anderem Personalkostenzuschüsse für **Jugend- und Schulsozialarbeiter**, Integrationsprojekte und Produktionsschulen gefördert. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass dies auch bei möglicherweise sinkenden Zuweisungen der Europäischen Union fortgeführt werden kann.

Wir stärken die duale Berufsausbildung. Wichtigste Aufgabe wird es in diesem Zusammenhang sein, gemeinsam mit den Kammern die **Berufsschullandschaft** für die Zukunft zu gestalten und diese dabei an die neuen Anforderungen der Wirtschaft anzupassen. Gemeinsam mit den Kammern organisieren wir eine langfristig tragfähige Struktur der beruflichen Bildung. Die Arbeitnehmerverbände werden mit einbezogen. Dabei berücksichtigen wir die ländliche Struktur unseres Landes und prüfen kostengünstige Internatslösungen.

Um den Lehrerberuf an den Berufsschulen zu sichern, wollen wir erfahrene Meister als Seiteneinsteiger zulassen. Es ist uns wichtig, die Berufsvielfalt im Land zu erhalten.

Wir werden - am Bedarf der Wirtschaft orientiert - einen neuen Doppelabschluss ermöglichen, der Abitur und Beruf vereint (Berufsausbildung mit Abitur). Damit kann erreicht werden, dass junge Menschen in vier Jahren ein vollwertiges Abitur ablegen und eine Ausbildung absolvieren. Danach ist dann ein Studium an jeder Hochschule und Universität möglich.

Die **Universitäten Greifswald** und **Rostock** einschließlich der Universitätsmedizin sind hoch angesehen als Einrichtungen der Grundlagenforschung, der forschungsorientierten Lehre und der Nachwuchsförderung. Die Hochschulen Neubrandenburg, Stralsund und Wismar legen mit verschiedenen fachlichen Schwerpunkten den Akzent auf anwendungsbezogene Forschung und Lehre. Die Hochschule für Musik und Theater Rostock bildet künstlerische Spitzentalente und den musik- und theaterpädagogischen Nachwuchs für das Land aus. Die Verwaltungsfachhochschule in Güstrow und die privaten Hochschulen runden das Angebot ab. Die CDU begreift den wissenschaftlichen Fortschritt als Grundlage der modernen Gesellschaft und der Kultur und bejaht die unterschiedlichen Profile der Hochschulen.

Die Hochschulen binden Studenten, Lehrende und Forscher an die Stadt und die Region. Die beiden Universitätsstädte zeigen bereits heute, dass wissenschaftliche Einrichtungen eine positive Bevölkerungsentwicklung fördern. Sie verhindern die Abwanderung begabter Menschen und organisieren andererseits hoch qualifizierte Zuwanderung von außen. Die CDU wird alles dafür tun, dass die Zahl der Studenten und der an den Hochschulen Tätigen, die nicht aus Mecklenburg-Vorpommern kommen, weiter steigt. Das Hochschulmarketing wird deshalb verstärkt. Neue Studienmodelle, wie duales Studium und Teilzeitstudium, werden unterstützt.

Auf die Erhebung von Studiengebühren verzichten wir. Das weiterbildende Studium nach einem ersten Hochschulabschluss ist jedoch gebührenpflichtig. Studienkonten lehnt die CDU ab. Die Hochschulen des Landes können für Masterstudiengänge auch ein Diplomzeugnis erteilen.

Die **Hochschulen** des Landes stellen sich über die Zielvereinbarungen den wachsenden Anforderungen. Die Einwerbung von Drittmitteln wird für die Hochschulen künftig noch wichtiger. Eine Voraussetzung dafür ist die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen.

Die Forschung an Einrichtungen außerhalb der Hochschulen ist exzellent und trägt wesentlich zum Image des Landes bei. Katalyse- und Plasmaforschung weisen den Weg in die Zukunft solch wichtiger Bereiche wie Energieversorgung und Gesundheitsfürsorge. Meeres- und Atmosphärenforschung helfen zusammen mit agrarwissenschaftlicher Forschung, unsere Lebensgrundlagen besser zu verstehen, intelligenter zu nutzen und nachhaltiger zu schützen. Die demographische Forschung zeigt Chancen auf, die eine älter werdende Bevölkerung für das Land bietet. Die CDU will Institutionen, die sich mit diesen Themen befassen, konsolidieren. Teileinrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft etwa sollen mehr Selbständigkeit erhalten, neue Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft sollen ins Land geholt werden. Beide Institutionen werden zu 90 Prozent vom Bund finanziert. .

Wir werden Regelungen finden, die die Weiterbeschäftigung bis zum 68. Lebensjahr ermöglichen. Wo mehrstellige Millionenbeträge auf dem Spiel stehen, muss das Wissenschaftsmanagement in den Hochschulen und in der Ministerialverwaltung zumindest zeitweise durch Spitzenpersonal verstärkt werden können. Hochschulseitig spielen dabei erfahrene Professoren eine zentrale Rolle.

Mit dem Landesforschungsfonds wird die Schwerpunktbildung in den Hochschulen unterstützt und damit eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Drittmittelinwerbung geschaffen. Kooperationen von wissenschaftlichen Einrichtungen und Firmen sollte das Land auch dann unterstützen, wenn deren Standort außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern liegt.

Wir geben den Hochschulen weiteren Freiraum bei der Einwerbung von Drittmitteln. Diese Finanzhilfen können künftig auch außerhalb von Zielvereinbarungen eingesetzt werden, um so eigene Schwerpunkte auszubauen.

Bauinvestitionen an den Hochschulen sollen vor Ort eigenverantwortlich abgewickelt werden.

Die CDU befürwortet, dass eine Hochschule in einem Modellversuch mehr Handlungsspielräume in Haushalts-, Personal- und Baufragen erhält – mit dem Ziel, das Modell mittelfristig auch auf andere Hochschulen zu übertragen..

In einer globalen und dynamischen Arbeitswelt ist eine ständige Anpassung der eigenen Qualifikation an neue Herausforderungen ein Muss. Wir unterstützen daher die Öffnung der Hochschulen für junge Erwachsene und für Menschen, die sich berufsbegleitend oder berufsunterbrechend weiterbilden wollen. Dabei sind moderne Lerntechnologien wie E-Learning und Online-Studium unerlässlich. Die offene Hochschule, die mit Kinder-Universität, Jungstudium und Seniorenstudium alle Altersgruppen erreicht, ist unser Ziel.

Die **Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege** wird als Ausbildungsstätte der öffentlichen Verwaltung und der Polizei weiterentwickelt. Die Zusammenarbeit mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften (DHV) in Speyer wird ausgebaut.

Initiativen zur Gründung privater Hochschulen werden wir weiterhin begleiten und nach Möglichkeit unterstützen. Ein Betriebskostenzuschuss des Landes bleibt jedoch ausgeschlossen.

Volkshochschulen, Einrichtungen der Weiterbildung in freier Trägerschaft und die **Musikschulen** runden das Angebot in einer umfassenden Bildungslandschaft ab. Sie werden nach den gesetzlichen Regelungen auch künftig vom Land unterstützt. Wir bekennen uns zu diesen Institutionen.

Für Kinder und Jugendliche ist die Heranführung an Kunst und Kultur von großer Bedeutung. Wir werden prüfen, ob durch eine Kooperation zwischen Musikschulen und Grundschulen jedem Grundschulkind die Möglichkeit eröffnet werden kann, ein Musikinstrument zu erlernen.

Die Bildungseinrichtungen erziehen zu **Demokratie und Toleranz**, zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn. Verfassungswidrige Zeichen, rassistische, fremdenfeindliche, gewaltverherrlichende und andere menschenverachtende Verhaltensweisen werden untersagt. Auch abgrenzende Symbole, wie das Tragen des Kopftuches, werden wir an den Bildungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern ab dem Jahr 2012 mit einem Landesgesetz verbieten.

Im Bund werden wir uns dafür einsetzen, dass im Ausland erworbene **Berufs- und Studienabschlüsse** in Deutschland leichter anerkannt werden. Nach wie vor sind die bestehenden bürokratischen Hürden hier zu hoch. Wir schaffen im Bildungsministerium eine zentrale Ansprechstelle, in der Anträge gestellt, geprüft und entschieden werden. Dabei werden alle möglichen Entscheidungsspielräume im Interesse der Antragsteller genutzt.

In der **Familienpolitik** geht es uns darum, früh einzuschreiten, wenn Kinder vernachlässigt werden oder Eltern überfordert sind. Dafür müssen lokale und regionale Akteure wie Mitarbeiter in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, sozialen Diensten, Gesundheits-, Jugend- und Sozialämtern eng zusammenarbeiten. Frühwarnsysteme - wie die Kinderschutzhotline - werden fortgeführt. Familienhebammen haben sich bewährt. Sie wollen wir unterstützen, um bedürftigen Eltern in allen Kommunen zu helfen. Wir schulen ehrenamtliche Betreuer, die im Bedarfsfall Erziehungshilfe bis zum 3. Lebensjahr eines Kindes geben können. Kinder müssen früh lernen, wie das Zusammenleben in der Familie funktioniert und wie sie Konflikte bewältigen können.

Alleinerziehende benötigen in besonderem Maße die Unterstützung der Gesellschaft. Wir setzen uns für entsprechende Beratungsangebote ein. Wir werden uns dafür einsetzen, den bisher nur für eine maximale Zeitspanne von sechs Jahren gezahlten Unterhaltsvorschuss (bei Zahlungsunvermögen des zur Unterhaltszahlung verpflichteten Elternteils) ohne zeitliche Begrenzung und bis zum 18. Lebensjahr der betroffenen Kinder zu zahlen. Unterhaltsschulden sind kein Kavaliersdelikt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Möglichkeiten die der Gesetzgeber bietet ausgeschöpft werden. Ziel muss es sein, dass vor allem die Eltern den Unterhalt ihrer Kinder gewährleisten. Hierbei wollen wir den Eltern im Falle von Arbeitslosigkeit z.B. durch Fortbildungsmaßnahmen, die wieder in eine den Unterhalt sichernde Beschäftigung münden können, helfen.

Das Durchschnittsalter der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern steigt. Immer mehr Senioren leben in unserem Land. Gerade deshalb werden wir das **Miteinander der Generationen** fördern. Die Mehrgenerationenhäuser, von der Bundesregierung als Orte der Begegnung zwischen Jung und Alt finanziell unterstützt, werden wir deshalb absichern und weiterentwickeln.

Mit dem **Seniorenmitwirkungsgesetz** haben wir die Voraussetzung für eine stärkere Einbindung älterer Menschen in die politische Meinungsbildung geschaffen. Damit erkennen wir auch deren Lebensleistung an und ermuntern sie, sich mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen weiter aktiv für die Entwicklung unseres Landes zu engagieren. Es gilt, das Seniorenmitwirkungsgesetz mit Leben zu erfüllen. Um dem Seniorenmitwirkungsgesetz Rechnung zu tragen, müssen die Möglichkeiten, weitere Seniorenbeiräte zu bilden, ausgenutzt werden.

Die Arbeit der bereits engagiert tätigen Seniorenbeiräte unterstützen wir. Sie stellen ein wichtiges Forum der Meinungsbildung dar.

Die Kommunen werden wir darin bestärken, Jugendliche und Senioren noch mehr in politische Entscheidungen einzubeziehen. Dies sollte vor allem auf dem Wege der Berufung als sachkundige Bürger in die Ausschüsse der Kommunalvertretungen erfolgen.

Um älteren Menschen ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu sichern, sind deren besondere Bedürfnisse in der Stadt- und Wohnungspolitik sowie bei Infrastrukturfragen stärker zu berücksichtigen. So gilt es, den Wohnungsbestand und die soziale Infrastruktur so anzupassen, dass sie den Forderungen nach Pflegewohngruppen, betreutem Wohnen oder Mehrgenerationenhäusern gerecht werden. Im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs haben beim Neukauf von Fahrzeugen barrierefreie Modelle Vorrang. Die Kommunen können sich durch Fahrbibliotheken oder das „rollende Amt“ auf den Bevölkerungsrückgang einstellen.

Den Herausforderungen des demografischen Wandels können wir uns nur gemeinsam stellen. Land und Kommunen müssen deshalb zusammenarbeiten und regional angepasste Strategien entwickeln. So wollen wir die aktive Teilhabe am Leben - zum Beispiel durch mobile Freizeitangebote auf dem Lande - fördern. Unser Ziel ist es, mehr Ältere für das Ehrenamt zu gewinnen. So können sie zum Beispiel nach einer Ausbildung zum Senior-Trainer ihre Erfahrungen und ihr Wissen an Jüngere weitergeben. Selbsthilfegruppen aber auch senioren- und behindertengerechte Netzwerke unterstützen wir.

5.

Sicherheit für alle, Recht und Gesetz einhalten, Verstöße umgehend bestrafen - Ein sicheres Land für alle Menschen

Was haben wir erreicht?

Mit der Polizeireform haben wir dafür gesorgt, dass die starke Präsenz der Polizei in der Fläche des Landes auf Dauer erhalten bleibt. Der notwendige Personalabbau, auch Folge der demographischen Entwicklung, wird sich allein im Bereich der Verwaltungs- und

Leitungsebene niederschlagen. 200 Polizeibeamte kommen zusätzlich in den Polizeirevieren zum Einsatz. Seit 2010 werden jährlich weit mehr als 100 Polizeianwärter neu eingestellt. Moderne Streifenwagen, bessere Ausrüstungen und der Einsatz neuer Überwachungsmethoden sichern die Einsatzfähigkeit der Polizei und verbessern so die öffentliche Sicherheit in unserem Land.

Die CDU hat dafür gesorgt, dass der Opferschutz zu einer der zentralen Aufgaben der Rechtspolitik wurde. Die hierfür erforderliche finanzielle Förderung wurde verdoppelt. Die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Polizei hat sich erheblich verbessert, das Jugendstrafvollzugsgesetz geschaffen und das System der anwaltlichen Beratungsstellen wurde erweitert, um einkommensschwachen Bürgern Rat und Hilfe zu geben.

Was wollen wir von 2011 bis 2016.

Die Basis für das Zusammenleben in der unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft bildet das gemeinsame Wertefundament. Wir wollen dieses stärken. Wo eine stabile Wertebasis besteht und gelebt wird, ist nicht immer gleich eine gesetzliche Regelung erforderlich. Wir rücken – wie es die Aufgabe des Staates ist – den Schutz der Menschen vor Straftaten und Straftätern in den Mittelpunkt der Politik. Wir nehmen die Opfer von Straftaten ernst, geben ihnen Hilfe und Unterstützung und beteiligen uns in diesem Sinne auch mit eigenen Initiativen an bundespolitischen Debatten. Wo sich bundeseinheitliche Lösungen nicht erreichen lassen oder lange Debatten schnelle Regelungen verhindern, erlassen wir eigene landesrechtliche Regelungen.

Vor der Bekämpfung jeglicher Form der Kriminalität steht für uns die Kriminalitätsvorbeugung. Wir fördern deshalb die Arbeit der kommunalen Präventionsräte und stärken die Zusammenarbeit zwischen der Landespolizei und den Schulen sowie anderen Bildungseinrichtungen.

Mecklenburg-Vorpommern entwickelt sich immer mehr zu einem führenden Tourismusland. Über das ganze Jahr hinweg kommen Menschen aus allen Teilen Deutschlands, aus Europa und der Welt zu uns. Sie wollen hier unbeschwerte Ferien verbringen. Auch deshalb brauchen wir trotz sinkender Einwohnerzahlen weiter eine **gut ausgebildete und effektive Polizei**, die vor Ort in Erscheinung tritt. Wir garantieren eine bürgernahe Polizei. Die Zahl der Einätze der Landespolizei nimmt weiter zu. Die steigende Zahl politischer Demonstrationen, die Absicherung von Sportereignissen sowie Schutzmaßnahmen wegen terroristischer Anschläge sorgen für einen wachsenden Einsatzdruck. Angesichts des Altersdurchschnitts gibt es immer mehr Krankmeldungen. Darauf werden wir reagieren. Wir sprechen uns gegen einen weiteren Stellenabbau nach 2015 aus.

Als Reaktion auf die gestiegene Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeivollzugsbeamten muss die persönliche Ausstattung mit Schutzwesten gewährleistet sein.

Der Bäderdienst wird fortgeführt. In der nächsten Legislaturperiode wird die Modernisierung aller langfristig benötigten Polizeigebäude weiter intensiviert.

Wir erkennen die Notwendigkeit, im grenznahen Raum zum EU-Partner Polen für eine Übergangszeit von vier Jahren weiterhin erhöhte Polizeipräsenz zu zeigen. Dies werden wir erreichen, indem wir die Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei, Landespolizei und Zoll auf eine neue Grundlage stellen und dabei auch die gemeinsame Streifenförmigkeit ausbauen.

Wir stellen uns neuen Kriminalitätsformen und bringen dafür die Spezialisierung innerhalb des Landeskriminalamtes weiter voran. Wir streben mit dem Ziel der

Aufgabenteilung eine konzentrierte Zusammenarbeit mit den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg an. Im Bereich von Computerkriminalität wollen wir durch den Einsatz von Fachleuten eine effektive Verbrechensbekämpfung erreichen. Dazu werden Mitarbeiter ständig geschult. Es muss genügend Geld bereitgestellt werden, um IT-Spezialisten für die Polizeiarbeit gewinnen zu können.

Mit Hilfe von Videoüberwachungen soll die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf Straßen und Plätzen gewährleistet werden. Voraussetzung dafür sind Anhaltspunkte für Kriminalität.

Die CDU betrachtet die **Bundeswehr** auch in Zukunft als wichtigen Partner für das Land. Mit der bereits eingeleiteten Strukturreform wird sich die Armee in den nächsten Jahren elementar wandeln. Die Anpassungsphase werden wir aktiv begleiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Bundesland mit vielen Bundeswehrstandorten bleibt. Unser Land bietet den Streitkräften nicht nur gute Voraussetzungen für die Ausbildung. Eine eingespielte Zivil-Militärische-Zusammenarbeit, bei der Bundeswehr, Kommunen und Hilfsorganisationen kooperieren, sorgt auch für eine feste gesellschaftspolitische Verankerung der Bundeswehr in Mecklenburg-Vorpommern. Die guten Beziehungen zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen werden wir weiter vertiefen.

Unser freiheitlicher **Rechtsstaat** schützt die Würde des Menschen. Er ist der Garant für Freiheit, Eigentum und soziale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern steht für die Erhaltung und Stärkung des Rechtsstaates. Eine funktionsfähige Justiz sorgt in schnellen Verfahren für Rechtssicherheit. Dies gilt bei der Pflege der Grundbücher genauso wie bei Verwaltungs-, Zivil- und Strafsachen. Staatsanwälte, Richter, Rechtspfleger und Justizangestellte werden wir in ihrer Arbeit weiter unterstützen.

Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Rechtsstreitigkeiten mit hoher Qualität und in angemessener Zeit verhandelt und die Entscheidungen zügig vollstreckt werden. Daher setzt sich die CDU dafür ein, dass sich die Justiz auf ihre Kernaufgaben beschränkt. Wir sind dafür, dass Gerichtsvollzieher und Freiberufler wie Notare eigenverantwortlich tätig werden können. Wir werden Gerichte und Staatsanwaltschaften des Landes bedarfsgerecht ausstatten und in der Fläche erhalten.

Wer unsere Rechtsordnung verletzt, muss in einem zügigen Verfahren zur Rechenschaft gezogen werden. Für uns gilt der Grundsatz: keine Toleranz gegenüber Straftätern. Gegen jede Form von Kriminalität gehen wir entschlossen vor. Wir wollen dem Bürger Sicherheit bieten. Im Bereich des Jugendstrafrechts wollen wir ermöglichen, dass in geeigneten Fällen ein Warnschussarrest verhängt werden kann. Das Instrument beschleunigter Verfahren hat sich im Strafrecht bewährt. Bei Ersttätern und jugendlichen Tätern soll dieses zum Regelfall werden.

Bei hochgefährlichen Sexualstraftätern müssen die Möglichkeiten der Sicherungsverwahrung konsequent angewendet werden, denn nur sie bietet eine hundertprozentige Sicherheit. Wir werden das Instrument der Fußfessel zur Aufenthaltsüberwachung gefährlicher Straftäter nutzen.

Zukünftige Straftaten zu vermeiden, muss auch Ziel des konsequenten Strafvollzuges sein. Wir werden den in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich eingeschlagenen und bundes- wie europaweit beachteten Weg der Integralen Straffälligenarbeit (InStar) zur optimalen Behandlung, Betreuung und Kontrolle von Straftätern weiter fortsetzen. Nur mit der konsequenten und bisher einzigartigen Zusammenarbeit zwischen Bewährungshilfe und Vollzug unter Einbeziehung der Führungsaufsichtsstellen können die Erfolge eines konsequenten Strafvollzuges gewährleistet werden. Die erfolgreiche Arbeit der Sozialen Dienste der Justiz wäre ohne die von uns durchgesetzte Aufstockung von Stellen für Bewährungshelfer nicht möglich gewesen.

Die enge Zusammenarbeit aller beteiligten Einrichtungen zur Überwachung von Straftätern nach deren Entlassung im Rahmen des Konzeptes „FoKuS“ garantiert ein hohes Maß an Sicherheit, weil die Arbeit der Bewährungshilfe, der Führungsaufsichtsstelle und der Polizei auf die individuelle Gefährlichkeit der Täter gerichtet ist.

Opferschutz geht vor Täterschutz. Um den Opferschutz weiter zu verbessern, werden wir die vielfältigen staatlichen und bürgerschaftlich organisierten Beratungsangebote für Opfer von Straftaten unter einem Dach konzentrieren, um so für die Betroffenen besser erreichbar zu sein. Die Psychosoziale Prozessbegleitung wird weiter gesichert, die Zusammenarbeit der Opferberatungsstellen intensiviert. Wir wollen eine Stiftung einrichten, um Opfern von Straftaten über das Opferentschädigungsgesetz hinaus schnell und unbürokratisch helfen zu können. Diese Stiftung soll nach und nach durch Zuweisungen von Bußgeldern, Geldstrafen und Geldauflagen aufgebaut werden.

Opferschutz heißt aber auch, Wiederholungstaten zu verhindern. Hierfür ist es erforderlich, mit den Tätern im Vollzug zu arbeiten. Sozialtherapie und später forensische Ambulanzen sind ebenso wichtig, wie die schulische und berufliche Ausbildung in der Haftanstalt.

6.

Weil uns die Heimat am Herzen liegt – unser Land weiter entwickeln

Was haben wir erreicht

Mit dem geplanten Zentrale-Orte-System ist ein neues Fundament für eine angemessene Grundversorgung im ländlichen Raum gelegt worden. Mit diesem System sichern wir die Daseinsvorsorge in den dünn besiedelten Regionen. Unter anderem legen wir so die Grundlage dafür, dass angesichts stabiler Schülerzahlen die Schulstrukturen nun Bestand haben.

Im Rahmen der Konjunkturpakete I und II haben wir viele wichtige Infrastrukturprojekte im ländlichen Raum realisiert.

Mit einer Imagekampagne werben wir für ein verstärktes ehrenamtliches Engagement zum Beispiel in den Freiwilligen Feuerwehren. Diese sind in vielen Gemeinden für die soziale und gesellschaftliche Infrastruktur genauso unverzichtbar wie für den Brandschutz.

Für den Sport haben wir mehr Geld zur Verfügung gestellt.

Was wollen wir von 2011 bis 2016

Die Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern lebt im ländlichen Raum, in dem der Bevölkerungsrückgang besonders spürbare Folgen hat. Wir stellen uns diesen Herausforderungen. Durch eine sinnvolle Landesplanung, Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und der kommunalen Selbstverwaltung werden wir dazu

beitragen, dass der ländliche Raum weiter attraktiv bleibt. Insbesondere wird es darum gehen, den Zugang zu Leistungen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge durch temporäre, mobile und flexible Angebote gerade für Familien mit Kindern und Senioren zu sichern. In diesem Sinne werden die Grundzentren wichtige Entwicklungsimpulse in den ländlichen Raum aussenden. Wir halten am Zentralen-Orte-System fest.

Die 4 Oberzentren, 18 Mittelzentren und 74 Grundzentren im Zentralen-Orte-System sichern die Einrichtungen der Daseinsvorsorge und sorgen so für die Durchsetzung des Prinzips der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Voraussetzung für eine positive Entwicklung im ländlichen Raum sind gesunde **Kommunal Finanzen**. Wir sichern den Kommunen eine gleichberechtigte Teilhabe an den Einnahmen des Landes im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches.

Gegenüber dem Bund setzten wir uns dafür ein, dass den Kommunen mit jeder neuen Aufgabe auch das dafür notwendige Geld zur Verfügung gestellt wird. Insbesondere im Sozialbereich muss sich der Bund auch finanziell zu seiner Verantwortung stellen. Mit der schrittweisen Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund ergeben sich in den Kommunen finanzielle Spielräume. Die CDU ist dafür, dass dieser im Interesse der Gemeinden zur Senkung der Kreisumlage genutzt wird.

Wir helfen allen Landkreisen und Gemeinden bei der Bewältigung der Altschuldenproblematik. Dazu wird im Doppelhaushalt 2012/2013 ein „**Kommunaler Konsolidierungsfonds**“ mit einem Volumen von mindestens 100 Millionen Euro eingerichtet. Die Ausgestaltung und Abwicklung des Fonds wird im Dialog mit den kommunalen Landesverbänden vereinbart.

Um die Beteiligung von Gemeinden bis 10.000 Einwohnern an den verschiedenen Investitionsprogrammen des Landes weiter zu gewährleisten, wird ein kommunales Kofinanzierungsprogramm „Lebenswerte Dörfer und Kleinstädte in Mecklenburg-Vorpommern“ in Höhe von zusätzlich jährlich 20 Millionen Euro aufgelegt. Damit entlasten wir die kommunalen Haushalte im ländlichen Raum und unterstützen gleichzeitig nachhaltige Investitionen. So helfen wir allen Gemeinden im ländlichen Raum, indem wir den Eigenanteil für notwendige Investitionsvorhaben deutlich reduzieren. Bis 2016 kann so ein Investitionsvolumen von insgesamt 500 Millionen ausgelöst werden. So schaffen die Gemeinden nachhaltige Infrastruktur und Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Da 2013 die Zweckbindung der Bundeszuweisung für den **kommunalen Straßenbau** wegfällt, werden wir ein Landesgesetz zur Finanzierung der kommunalen Straßen vorlegen. Damit sichern wir, dass den Kommunen diese Gelder auch weiter zur Verfügung stehen.

Die Mitarbeit des Einzelnen in **Vereinen und Initiativen** sowie die ehrenamtliche Übernahme von Verantwortung zeichnet die demokratische Bürgergesellschaft aus. Unsere Gesellschaft lebt von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Die demokratische, gesellschaftliche Selbstorganisation werden wir fördern und unterstützen. Es gilt: Das Hauptamt unterstützt das Ehrenamt.

Wir erhalten die Leistungsfähigkeit der **Feuerwehren** im ganzen Land. Angesichts veränderter Arbeitswelten stehen viele Freiwillige Feuerwehren vor großen Herausforderungen, wenn es um die Einsatzfähigkeit an Werktagen geht. Die CDU wird zusammen mit den Feuerwehren, den Kammern und Unternehmensverbänden darauf hinwirken, dass den Unternehmen die Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehr deutlich

wird und sie somit mehr Verständnis zeigen, wenn ihre Mitarbeiter für notwendige Einsätze freigestellt werden müssen. Keine Kameradin und kein Kamerad der Freiwilligen Feuerwehr soll um seinen Arbeitsplatz fürchten müssen, weil er sich für die Gemeinschaft einsetzt und Leben rettet.

Gleichzeitig nehmen wir uns selbst in die Pflicht. Der öffentliche Dienst wird nicht nur bei Freistellungen eine Vorbildrolle einnehmen, sondern auch bei Neueinstellungen. Wir werden künftig bei gleicher Eignung jene Menschen bevorzugen, die sich ehrenamtlich engagieren.

In manchen Regionen bleibt die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr schwierig. Hier wollen wir die Gemeinden und Ämter unterstützen. Um die Handlungsfähigkeit abzusichern, brauchen wir individuelle Konzepte, die an die örtliche Situation angepasst sind. Die Arbeit der Jugendfeuerwehren im Land unterstützen wir. Dabei wollen wir mehr Schüler und Jugendliche für den ehrenamtlichen Einsatz in den freiwilligen Feuerwehren begeistern. Dazu fördern und unterstützen wir zum Beispiel die Zusammenarbeit von Schulen und Jugendfeuerwehren. Die Ausbildung an der Landesfeuerwehrschule werden wir auch weiterhin personell so absichern, dass die erforderlichen Ausbildungsleistungen erbracht werden können.

Das ehrenamtliche und freiwillige Engagement der Bürger wie beispielsweise bei Diakonie oder Caritas, DRK, Volkssolidarität, Arbeiter-Samariter-Bund, Maltesern, Johannitern oder Technischem Hilfswerk achten und unterstützen wir im Rahmen der Möglichkeiten des Landes.

Sport begreifen wir als wichtigen Integrationsfaktor und gesellschaftlichen Motor. Er dient auch der Gesundheitsförderung. Trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen verzeichnen die Vereine im Breitensport immer mehr Mitglieder und mehr Angebote. Der Sport lebt von ehrenamtlichen Helfern. Die Kreissportbünde leisten Beachtliches und haben erreicht, dass sich zum Beispiel immer mehr ältere Menschen durch aktiven Sport fit und gesund halten. Die Förderung des Sports in Mecklenburg-Vorpommern werden wir in bestehendem Umfang fortsetzen.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen gerade im Bereich der Ganztagschulen unterstützen.

Der Spitzensport ist ein wichtiger Imageträger für Mecklenburg-Vorpommern. Bestehende Leistungszentren sollen weitergeführt werden. Für den Erhalt der Olympiastützpunkte machen wir uns stark. Wir kümmern uns um berufliche Perspektiven von Spitzensportlern, indem wir beispielsweise die Sportfördergruppe der Landespolizei ausbauen. Synergieeffekte, die sich durch die Unterstützung der Bundeswehr für den Leistungssport ergeben, wollen wir nutzen.

Der Behindertensport bleibt eine wichtige Säule sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport des Landes und erfährt im Rahmen der Sportförderung in den Vereinen eine angemessene Beachtung.

In den **Gemeindevertretungen** lebt die Demokratie. Die Gemeindevertreter sind unerlässliche Impulsgeber für die aktive Bürgergesellschaft. Ehrenamtliche Bürgermeister werden als erste Ansprechpartner der Bürger und Bindeglied zu den Amts- und Kreisverwaltungen gebraucht. Die CDU steht für die ehrenamtliche kommunale Selbstverwaltung ein. Vor Ort muss entschieden werden, was vor Ort entschieden werden kann!

Die CDU ist die Partei die überschaubare Gemeindegrößen erhalten will. In den vielen kleinen Gemeinden organisieren und engagieren sich Menschen überdurchschnittlich für

ihr Gemeinwesen. Dies soll auch künftig möglich sein. Wir werden die Empfehlungen der Enquetekommission des Landtags berücksichtigen.

Die **Ämter** haben sich als Verwaltungszentren bewährt. Sie gilt es weiterzuentwickeln und zu stärken, um einerseits eine zügige und fachlich hochwertige Aufgabenerledigung zu gewährleisten und andererseits die Pro-Kopf-Ausgaben für die Verwaltung auf ein vertretbares Maß zu begrenzen. Eine Grundlage für die weitere Diskussion ist der Bericht der Enquetekommission des Landtages „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“. Durch die Kreisgebietsreform kommen auf die Ämter neue Aufgaben zu. Wir werden den Ämtern helfen, sich so zu organisieren, dass sie die gewachsenen Aufgaben effizient erfüllen können. Es gilt, die Ämter unterhalb der Landkreise wohnortnah für Bürger und Unternehmen weiterzuentwickeln.

Die kreisfreien und die großen kreisangehörigen **Städte** sind Motoren der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der sie umgebenden Regionen. Diese Tatsache berücksichtigen wir im Rahmen der Kommunalfinanzen aber auch bei der Aufgabenübertragung.

Wir sind für die weitere Kommunalisierung von Landesaufgaben. Deshalb werden wir die Voraussetzungen schaffen, um die Aufgaben der Staatlichen Ämter für Landwirtschaft und Umwelt in Mecklenburg-Vorpommern auf die Kreis- Ebene zu übertragen.

Kultur tut gut. Ohne sie können wir nicht leben. Als Gemeinschaftserlebnis schafft sie regionale und nationale Identität und festigt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wir unterstützen die Bewerbung von Schwerin zur Aufnahme des Schweriner Schlosses in die Weltkulturerbeliste und sind dafür eine Bewerbung zur Aufnahme des Geländes der ehemaligen Heeresversuchsanstalt in Peenemünde auf den Weg zu bringen.

Die Förderung der **Theater und Orchester** haben wir bis 2020 festgeschrieben. Die Herausforderungen sind enorm. Wir unterstützen Kommunen als Träger von Theatern und Orchestern dabei, langfristig finanzierbare Strukturen zu erreichen. Dazu werden wir auch noch stärker neue Steuerungsmodelle und betriebswirtschaftliche Zielvorgaben nutzen.

Die **Musikfestivals** und die vielen Open-Air-Events in unserem Land haben sich zu festen kulturellen und touristischen Höhepunkten entwickelt und steigern das Image Mecklenburg-Vorpommerns. Wir begrüßen dieses private Engagement, das dem ganzen Land zugute kommt.

Wir freuen uns, dass viele **Künstler** in unserem Bundesland heimisch sind und mit Galerien, Kunstausstellungen und Vereinen die künstlerische Landschaft bestimmen. Wir wollen künftig konkrete Ausstellungsprojekte finanziell unterstützen. Die reiche Sozio- und Heimatkultur und die Förderung der niederdeutschen Sprache liegen uns am Herzen.

Museen und Bibliotheken sind ein wichtiger Bestandteil, unserer Kultur- und Bildungslandschaft. Viele regionale Museen und Bibliotheken initiieren Projekte zur Bildenden Kunst und zur Literatur an Schulen oder unterbreiten allgemeinbildende Angebote. Wir wollen einen monatlichen Familientag einführen, an dem sich Kultureinrichtungen des Landes beteiligen, so dass alle unabhängig von ihrem finanziellen Budget diese Einrichtungen kostenfrei nutzen können.

Kunst soll auch im Alltag wahrgenommen werden. Bei öffentlichen Bauprojekten soll ein Prozent der Auftragssumme für sichtbare **Kunst im öffentlichen Raum** eingesetzt werden.

Das Land hat herausragende Zeugnisse der Bau- und Frühgeschichte. Deshalb fühlt sich die CDU dem Denkmalschutz und dem Bodendenkmalschutz verpflichtet.

Wir bekennen uns zu diesen besonderen Werten unseres Bundeslandes, die sich als „gebaute Kultur“ in den Dörfern und Städten erleben lassen. Aus diesem Grund werden wir die **Baukultur** in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin fördern und zur Pflege wertvoller Gebäude beitragen. Wir werden das Landesinvestitionsprogramm zur Rettung und Sanierung von Gutshäusern und Schlössern verstärkt auf den privaten Bereich ausrichten, um Investitionsvorhaben voranzutreiben und die Bauwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen. Die bisherige Fokussierung auf landeseigene Gutshäuser und Schlösser wird aufgehoben.

Das Land ist zu einem Standort für **Filmkunst** und zunehmend auch für Filmwirtschaft geworden. Diesen Trend wollen wir weiter unterstützen.

7.

Landwirtschaft, Forsten, Fischerei – Erhalt der Kulturlandschaft sichert Lebensgrundlagen für alle

Was haben wir erreicht

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei haben Mecklenburg und Vorpommern über Jahrhunderte geprägt. Unternehmen aller Rechtsformen und Ausrichtungen tragen ganz wesentlich zur Wirtschaftskraft im ländlichen Raum bei. Die CDU steht für eine marktorientierte Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft.

Die CDU hat dazu beigetragen, die Wettbewerbsbedingungen für die landwirtschaftlichen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern. So haben wir mit der Neufassung des Wasser- und Landesnaturschutzgesetzes die Vorgaben der Europäischen Union und des Bundes nur noch 1:1 umgesetzt und nicht zusätzliche Beschränkungen veranlasst. Um die Wertschöpfung im ländlichen Raum zu verbessern, haben wir uns für die Stärkung der Veredlungswirtschaft und den Ausbau der erneuerbaren Energieträger als Einkommensalternative eingesetzt. Die Landwirtschaftsbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern gehören inzwischen zu den leistungsfähigsten und innovativsten in Deutschland.

Wir haben die Unterstützung der benachteiligten Gebiete gesichert und eine Neuregelung der Agrardieselbesteuerung auf Bundesebene erreicht.

Im Interesse der Fischereiwirtschaft haben wir eine Landeskormoranverordnung durchgesetzt.

Was wollen wir von 2011 bis 2016

Im Verbund mit der Ernährungs- und Nahrungsgüterwirtschaft ist die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft eine stabile Säule der Wertschöpfung im Land. Mit der flächendeckenden Bewirtschaftung erhalten Landwirte aller Betriebsformen unsere abwechslungsreiche und naturnahe Kulturlandschaft. Wir setzen auf eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft und eine starke Nahrungsgüterwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Wir wollen, dass die Unternehmen der Agrarwirtschaft auf regionalen, nationalen und internationalen Märkten bestehen können und nicht durch Wettbewerbsbenachteiligungen eingeschränkt werden. Unsere Politik für Land- und Agrarwirtschaft ist darauf ausgerichtet, den Landwirten und ihren Familien eine sichere Existenz, ein auskömmliches Einkommen und gute Lebens- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Sie dient in erster Linie den Beschäftigten in Land-, Forst- und Agrarwirtschaft, aber auch den Verbrauchern.

Unsere Agrarpolitik zeichnet sich durch ein hohes Maß an Verlässlichkeit aus. Hierzu zählen insbesondere Investitions- und Planungssicherheit für die Landwirtschaftsunternehmen.

Wir werden dazu beitragen, die Akzeptanz für die Produktion von Nahrungsmitteln in wettbewerbsfähigen Strukturen zu erhalten und setzen uns auch deshalb gegenüber Bund und Europäischer Union für gleiche Wettbewerbschancen für Betriebe aller Größen ein.

Vorgaben des Bundes und der Europäischen Union sollen auch in Zukunft 1:1 umgesetzt werden.

Landwirtschaft und Fischerei werden ganz wesentlich von der EU-Agrarpolitik bestimmt. Wichtige Weichenstellungen kündigen sich für die neue Förderperiode an. Unser Ziel ist es, bei der Agrarförderung alle Unternehmensformen und Unternehmensgrößen gleich zu behandeln und keine neuen Wettbewerbsnachteile zuzulassen. Wir setzen uns für die Fortsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik auf bisherigem finanziellem Niveau ein. Eine starke Produktion als erster Säule und eine finanziell gut ausgestattete zweite Säule, zu der Maßnahmen der ländlichen Entwicklung und Ökologie zählen, gehören dazu.

Ohne Ausgleichszahlungen ist eine Produktion von hochwertigen Lebensmitteln zu den heutigen Preisen nicht möglich. Zusätzlich erbringen die Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern wertvolle Leistungen zum Erhalt der Kulturlandschaft. So werden mit den europäischen Ausgleichszahlungen zum einen die Lebensmittelpreise gestützt und zum anderen wird ein Ausgleich für den Erhalt der Kulturlandschaft gezahlt. Bei der Neugestaltung der EU-Förderung müssen Wettbewerbsverzerrung zu Lasten unserer wettbewerbsfähigen Agrarstrukturen verhindert werden. Dafür steht die CDU.

Konventionell und ökologisch wirtschaftende Betriebsformen haben jede für sich ihre Berechtigung und müssen sich am Markt behaupten. Die CDU setzt sich für einen verbesserten EU-weit einheitlichen Standard in der Nahrungsgüterproduktion und -verarbeitung ein. Diese Grundsätze sind auf der Basis einer natur- und landschaftsverträglichen Bewirtschaftung aller land- und forstwirtschaftlichen Flächen einzuhalten.

Das Land hat in den zurückliegenden Jahren aktiv versucht, auf die **Bodenpolitik** der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) einzuwirken. Dies ist nur unzureichend gelungen. Wir wollen erreichen, dass die Verpachtungs- und Verwertungspraxis der BVVG zu keinem unangemessenen Liquiditätsentzug für Landwirte führt. Verkäufe von BVVG-Flächen müssen daher so gestaltet werden, dass sie die landwirtschaftlichen Unternehmen des Landes nicht überfordern. Aus diesem Grunde treten wir für langfristige Pachtverträge zwischen BVVG und Flächennutzern und einen Verkauf von BVVG-Flächen zu moderaten Preisen ein. Der Verkauf soll dabei in kleinen Losen, nicht über 50 Hektar, erfolgen.

Angesichts der Bodenpolitik der BVVG ist es umso wichtiger, die Flächenpolitik des Landes durchgehend transparent auszurichten. Da die bisherigen Kriterien für die Vergabe von landeseigenen Flächen nicht zu den gewünschten Erfolgen führten, werden wir diese anpassen. Die landeseigenen landwirtschaftlichen Nutzflächen sollen künftig langfristig zu ortsüblichen Konditionen verpachtet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine Übertragung der Seen von der BVVG an das Land erfolgt. Die öffentliche Zugänglichkeit von Seen muss entsprechend der gesetzlichen Bedingungen gewährleistet bleiben.

Landwirtschaftliche Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zu einer stabilen Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum. Gerade im Bereich der **Tierproduktion** bestehen

noch Chancen für zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Um die Akzeptanz von Veredlungsanlagen zu verbessern, gilt es den Dialog mit den Menschen zu verstärken. Wir setzen uns für zügige und rechtsstaatliche Verfahren und für die Verstetigung des Agrarförderprogramms ein.

Konventionelle und ökologische Landwirtschaft haben in den unterschiedlichsten Unternehmensformen in Mecklenburg-Vorpommern zu einem vernünftigen Miteinander gefunden. Wir setzen auf eine nachhaltige Landwirtschaft, die den Boden schont und die gleichzeitig bei hohen Erträgen eine gesunde, kostengünstige Versorgung mit Lebensmitteln sichert.

Der Agrarforschungsstandort Deutschland muss ausgebaut werden. Der Anbau von gentechnisch veränderten zugelassenen Sorten unter geschützten Bedingungen möglich sein. Wir begreifen die **Grüne Gentechnik** als Chance für die Sicherung der globalen Lebensmittelversorgung sowie für die Bereitstellung erneuerbarer Energieträger. Die Anwendung der Gentechnik wird derzeit noch wenig akzeptiert. Deshalb muss die Kommunikation in der Gesellschaft verbessert werden. Wir wollen eine generelle Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte erreichen.

Der Wald hat eine große Bedeutung für Wirtschaft, Umwelt und Fremdenverkehr in Mecklenburg-Vorpommern. Aufgabe einer nachhaltigen **Forstwirtschaft** ist es, den Wald zu erhalten und zu mehren. Aus diesem Grunde werden wir sowohl den ökonomischen als auch den ökologischen Belangen der Forstwirtschaft Rechnung tragen. Dies liegt im Interesse der gesamten Bevölkerung. Wir wollen daher die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion unserer Wälder stärken.

Für die **Küstenfischerei** wollen wir weitere Quotenkürzungen verhindern. Wo diese dennoch von der Europäischen Union durchgesetzt werden, treten wir für einen finanziellen Ausgleich für die betroffenen Fischer ein. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern tritt energisch allen Forderungen entgegen, durch Ausweisung von Meeresschutzgebieten u.ä. die Ausübung der passiven, handwerklichen Fischerei unmöglich zu machen. Weitere Restriktionen führen zur Erwerbslosigkeit vieler Familien, zum Verlust regionaler Identität und verhindern regionale Wirtschaftskreisläufe. Die **Binnenfischerei** erfährt unsere Unterstützung bei der Bekämpfung des Kormorans. Wir werden alle Handlungsmöglichkeiten des Landes ausschöpfen, um eine Bestandsreduzierung zu erreichen.

Der steigende Konsum von Fisch eröffnet die Möglichkeit, dass **Aquakulturanlagen** als Einkommensalternative für Binnen- und Küstenfischer, aber auch für Landwirte an Bedeutung gewinnen und für zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im ländlichen Raum sorgen. Vor diesem Hintergrund unterstützt die CDU die Errichtung und die wissenschaftliche Erforschung von Aquakulturanlagen unter Berücksichtigung gewässerökologischer Gesichtspunkte.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine besonders reiche Naturlandschaft. Wir stellen uns der Verantwortung, die sich daraus für die Bewahrung der Schöpfung und für den Schutz der Natur ergibt. Erfolgreiche Umweltpolitik lässt sich gemeinsam mit den Menschen im Land umsetzen.

Wir werden uns für mehr Akzeptanz des **Naturschutzes** einsetzen, indem wir dem Freiwilligkeitsprinzip und dem Vertragsnaturschutz Vorrang einräumen. Nur wenn es notwendig ist, werden unvermeidliche Maßnahmen durchgesetzt.

In Zusammenhang mit dem gesetzlich erforderlichen Ausgleich von Eingriffen in die Natur treten zunehmend Konflikte auf. Wir wollen deshalb erreichen, dass Eingriffe automatisch an eine Ausgleichszahlung zugunsten der landeseigenen Stiftung für Umwelt- und Naturschutz gekoppelt werden. Die so eingesammelten Gelder können dann zweckgebunden für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege im betroffenen Naturraum eingesetzt werden. So ließen sich die Effekte für Natur und Landschaft erhöhen. Zudem soll bei Ausgleichsflächen vorrangig auf versiegelte Flächen zurückgegriffen werden, um den weiteren Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Nutzflächen entgegenzuwirken.

Wir wollen in den Nationalparks, Biosphärenreservaten und Naturparks durch eine intelligente Besucherlenkung Tourismus und Naturschutzinteresse besser aufeinander abstimmen. Angesichts der bereits vorhandenen Großschutzgebiete besteht keine Notwendigkeit, in Mecklenburg-Vorpommern weitere Areale unter Schutz zu stellen. Bei ausgewiesenen Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten werden wir in der nächsten Legislaturperiode eine Bestandsaufnahme und Überprüfung vornehmen, um zu klären, in welchen Fällen der teilweise schon Jahrzehnte bestehende Schutzstatus weiter gerechtfertigt ist.

Wir setzen den Aktionsplan zum **Klimaschutz** in Mecklenburg-Vorpommern fort und tragen durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energieträger zu einer Verminderung der Emissionen von Treibhausgasen bei. Die begleitende Arbeit von Unternehmen, Wissenschaft, Forschung, Vereinen und Verbänden im Klima-Rat des Landes unterstützt die Umsetzung des Aktionsplans.

Verbraucherschutzpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Gesundheitlicher Verbraucherschutz, sauberes Trinkwasser, Schutz vor Beeinträchtigungen durch Schadstoffe, Sicherheit von Produkten und Schutz vor Übertragung von Krankheitserregern vom Tier auf den Menschen sind elementare Voraussetzungen für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

Leitbild der CDU ist der mündige und eigenverantwortliche Verbraucher. Die CDU will den Verbraucher nicht bevormunden. Um den Verbraucher zu befähigen, ökonomisch richtige und zugleich ethisch verantwortbare Entscheidungen zu treffen, setzen wir uns für klare, leicht verständliche Kennzeichnungsregeln ein. Wir unterstützen die Verbraucherzentrale und werden und für eine bessere Mittelausstattung einsetzen. Wir setzen uns für eine strenge Lebensmittelüberwachung, die zügige Veröffentlichung von Gesetzesverstößen und die schnelle Bestrafung von Tätern ein.

Mit der **Jagd**, dem **Angelsport** und dem **Kleingartenwesen**, die jeweils maßgeblich auf ehrenamtlicher Arbeit aufbauen, wird die Natur auf ökologisch wertvolle Weise genutzt. Das wollen wir weiter unterstützen.

Die Jagdausübung wird nicht noch mehr eingeschränkt. In den zurückliegenden Jahren hat die Kritik an jenen Artenschutz-Maßnahmen zugenommen, die zu hohen Nutzungs- und Ertragsausfällen führten. Sowohl die Fischer, Landwirte und Schäfer als auch Förster üben Kritik an den Einbußen durch z.B. Kormorane, Gänse oder Wölfe. Um dem Gesetzgeber die Möglichkeit gezielter Maßnahmenpakete zu ermöglichen, werden wir eine Erhebung über Art, Häufigkeit und Ausmaß der von Wildtieren verursachten Schäden vornehmen.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass Schäden, die durch nicht dem Jagdrecht unterliegende Arten entstehen, zu 100 Prozent von der Gesellschaft getragen werden. In Einzelfällen muss es möglich sein, regulierend in die Bestände einzugreifen.

Die CDU unterstützt alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Angelmöglichkeiten und der Erlebarkeit der Natur beitragen. Vor diesem Hintergrund haben wir der Verankerung des Tourismus-Fischereischeines im Landesfischereigesetz Mecklenburg-Vorpommern zugestimmt. Kinder aus Mecklenburg-Vorpommern erhalten künftig ihren Angelschein zu den gleichen Bedingungen wie Kinder von Touristen.

Schon seit Jahren setzen wir uns dafür ein, dass die Erreichbarkeit und Nutzung der Gewässer nicht durch einen überbordenden Naturschutz eingeschränkt wird. Wir wollen, dass die Gewässer im Land fischereiwirtschaftlich genutzt werden. Wir setzen auf das Prinzip Schutz durch Nutzung. Dies stärkt die Akzeptanz für den Naturschutz und trägt zu Umweltbewusstsein bei.

Das Kleingartenwesen leistet einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl. Wir wollen, dass gemeinnützige Kleingartenanlagen mit ihren wichtigen Gemeinschaftseinrichtungen erhalten bleiben. Durch die stärkere Bebauung von Kleingartenanlagen vor allem in den Jahren bis 1989/90 sind einige Gartenbesitzer in Konflikt mit dem Bundeskleingartengesetz geraten. Für solche Fälle prüfen wir landesgesetzliche Regelungen. Wir wollen, dass bestehende Anlagen erhalten bleiben. Wir werden im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von Kleinkläranlagen die Möglichkeit schaffen, dass der Bau abflussloser Gruben bzw. von Kleinkläranlagen in einzelnen Kleingartenparzellen durch Zuschüsse unterstützt wird. Die erforderlichen finanziellen Mittel gewinnen wir durch eine Umschichtung bei der Förderung von Abwasseranlagen. Zusätzlich werden wir Übergangsfristen über das Jahr 2013 hinaus zulassen.

8.

Mobilität als Grundrecht, bezahlbare Energie bis ins letzte Haus – Garantie für Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge

Was haben wir erreicht

Wichtige Verkehrsvorhaben sind in der Legislaturperiode 2006-2011 abgeschlossen worden, wie der Bau der A 14 zwischen Schwerin und Wismar und der neuen Rügenbrücke in Stralsund.

Die Häfen des Landes haben sich, auch mit Unterstützung der Bundesregierung, gut positioniert. Die Verkehrsanbindung an das Hinterland hat sich verbessert.

Die demografische Entwicklung – insgesamt weniger, aber mehrältere Menschen – ist eine Herausforderung für die staatliche Daseinsvorsorge, der wir uns gestellt haben. Erstmals legte eine Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern einen umfassenden Strategiebericht zum demografischen Wandel vor. Im Rahmen der Daseinsvorsorge wollen wir weiter die so genannte Grundversorgung sichern. Dazu zählen wir unter anderem den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Straßenbau und -sanierung, Gas-, Wasser-, und Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, den Betrieb von Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie von sozialen Einrichtungen.

Im Mittelpunkt unserer Energiepolitik steht ein ausgewogener Energiemix, der stabile und bezahlbare Preise garantiert. Deshalb haben wir das Konzept „Energiland 2020“ durchgesetzt. Es ist die solide Grundlage für die Arbeit von Landesregierung und Landtag und sichert ein vernünftiges Nebeneinander der verschiedenen Energieträger.

Was wollen wir von 2011 bis 2016

Angesichts der demografischen Entwicklung sind neue Konzepte wie regionale Nahverkehrspläne und alternative Betriebsformen erforderlich, um die Mobilität zu sichern und bezahlbare Angebote zu erhalten. Bei der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung sowie der Abfallbeseitigung setzen wir auf intelligente Lösungen. Wir brauchen Systeme, die flexible Reaktionen auf schwankende Nachfragen zulassen.

Dabei gilt es, der Einwohnerentwicklung und den saisonal unterschiedlichen Anforderungen des Tourismus gerecht zu werden.

Mobilität ist für die CDU im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern ein Grundrecht. Wir sind auch künftig auf den Individualverkehr angewiesen und brauchen deshalb gute Straßenverbindungen. Ein sicherer und bezahlbarer Öffentlicher Personennahverkehr, eine gute Erreichbarkeit über Schiene, Luft und Wasser sind weitere Eckpfeiler einer mobilen Gesellschaft.

Forderungen nach Einführung einer PKW-Maut erklären wir vor dem Hintergrund, dass Mecklenburg-Vorpommern ein dünn besiedeltes Flächenland ist und viele Menschen für den Weg zur Arbeit, zur Schule oder zum Arzt auf das eigene Auto angewiesen bleiben, eine klare Absage.

Bestrebungen zur Einführung genereller Geschwindigkeitsbegrenzungen in Innenstädten auf 30 km/h lehnen wir ab.

Noch bestehende Infrastrukturlücken werden wir schließen. Schadhafte Verkehrswege werden wir angemessen sanieren. Gegenüber dem Bund werden wir uns mit Nachdruck für den zügigen Ausbau der A 14 von Schwerin bis nach Magdeburg, den schnellen Ausbau der B 96 auch auf der Insel Rügen, für die Sanierung wichtiger Schienenwege und den Erhalt, den Ausbau und die Sanierung der Wasserstraßen im Land einsetzen.

Wir erhalten das vorhandene Straßennetz und setzen uns für die Sicherung der Brücken im Land ein. In der Planung befindliche Ortsumgehungen sind zügig abzuschließen. Den ländlichen Wegebau werden wir weiterhin nutzen.

Wo es durch die LKW-Maut zu starkem Ausweichverkehr auf Landes-, Kreis- und Kommunalstraßen kommt, setzen wir klare Beschränkungen für den Schwerlastverkehr durch. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass LKW-Mautausweichverkehre auf Bundes- und Landesstraßen verhindert werden.

Der **Öffentliche Personennahverkehr** steht in unserem dünn besiedelten Flächenland auf Straße (**ÖPNV**) und Schiene (**SPNV**) vor großen Herausforderungen. Der SPNV hat nach dem Einstieg privater Eisenbahnunternehmen in den letzten Jahren wieder an Attraktivität gewonnen. Die Fahrgastzahlen steigen. Ziel muss es sein, durch eine Stärkung des Wettbewerbs den SPNV noch attraktiver zu machen und mit dem ÖPNV zu vernetzen. Im Bereich des SPNV setzen wir uns für die Realisierung der Darßbahn (Fischland-Darß-Zingst) und für den Wiederaufbau der Karniner Brücke nach Usedom ein.

Der ÖPNV wird sich auch künftig stark am Schülerverkehr orientieren.

Mobilität zu ermöglichen, bleibt in einer älter werdenden Gesellschaft eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge des Staates. Wir wollen alternative Formen wie Rufbus und Linientaxi im ÖPNV stärken und die Attraktivität des SPNV verbessern.

Für die wachsenden Tourismusregionen Fischland Zingst-Darß, Rügen-Hiddensee und Usedom brauchen wir dringend regionale Verkehrskonzepte. Das Land wird deshalb die Kommunen, die Wirtschaft, die Verkehrsunternehmen und die Wissenschaft an einen Tisch holen, um gemeinsam die Entwicklungen zu diskutieren, regionale Lösungen zu initiieren, die mit den Akteuren vor Ort abgestimmt werden und schließlich verbindlich im Rahmen der Raumordnung zu bestätigen sind.

Der Ausbau der Radwegenetze wird zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Stärkung der touristischen Attraktivität weiter vorangetrieben. Der Ausbau des Radwegenetzes trägt zur touristischen Entwicklung und zur Verbesserung der Mobilität in unserem Land bei. Aus diesem Grund werden wir uns für eine standardisierte Beschilderung der Radwege und einheitliche Qualitätsstandards sowie eine bessere Vernetzung der bestehenden Radwege einsetzen.

Leistungsfähige **Flughäfen** sind ein wichtiger Bestandteil der Infrastrukturpolitik der CDU. Regionale Flughäfen und Landeplätze haben bei Einbettung in touristische Strategien ihre Bedeutung. Das Luftverkehrskonzept wird fortgeschrieben. Dabei ist die besondere Situation des Flughafens Rostock-Laage zu beachten.

Die **Häfen** des Landes verzeichnen wachsende Umschlagszahlen. Der Seehafen Rostock ist von der Europäischen Kommission als Knotenpunkt in das sogenannte Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN) aufgenommen. Sassnitz-Mukran hat gute Chancen, im Handel mit Russland weiter zu wachsen. Die Wasserstraßen bleiben für den Güterverkehr und den Tourismus unerlässlich. Wir machen uns für eine verbesserte Hinterlandanbindung unserer Häfen stark und für den Erhalt der Wasserstraßen.

Um die **Daseinsvorsorge** in einem dünn besiedelten Flächelnd zu sichern, suchen wir noch stärker nach regionalen Wegen und streben örtliche Lösungen an. Unser Ziel ist es, auch künftig eine funktionierende Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung sicherzustellen, eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung zu gewährleisten, die Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen zu sichern und den Anschluss an moderne Medien zu schaffen.

Im ländlichen Raum gehen die benötigten Trinkwassermengen tendenziell zurück, womit auch die Abwassermengen sinken. In touristischen Regionen ist der Bedarf je nach Saison stark schwankend. Wir wollen für die **Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung** flexible Regelungen vor Ort ermöglichen. Zentrale und lokale Systeme können nebeneinander bestehen. Wenn zentrale Lösungen nicht mehr effizient und kostengünstig zu betreiben sind, können lokale Lösungen neue Chancen eröffnen. Der Ausbau bestehender zentraler Netze wird nur noch unterstützt, wenn nachgewiesen ist, dass sich daraus Kostenersparnisse ergeben.

Weil infolge der demografischen Entwicklung die Müllmengen sinken und der Transport immer teurer wird, müssen auch bei der **Abfallentsorgung** im ländlichen Raum neue Lösungen gefunden werden. Gegenwärtig führt die Zunahme von Transporten zu ökologischen und ökonomischen Problemen.

Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir alle Möglichkeiten prüfen, damit die Abfallgebühren nicht weiter steigen.

Einem fairen Wettbewerb zwischen privaten Unternehmen der Abfallwirtschaft und Kommunen stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

Eine Nutzung des Zwischenlagers Nord bei Lubmin über das Jahr 2039 hinaus lehnen wir ab. Das Zwischenlager Nord ist als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Stoffe nicht zugelassen und auch nicht geeignet.

Im Zeitalter der neuen Medien ist der Zugang zu schnellen **Internetverbindungen** eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb werden wir alle Maßnahmen ergreifen, um eine Grundversorgung mit Internet auch in ländlichen Bereichen sicherzustellen.

Im Mittelpunkt der Energiepolitik steht für uns die Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen. Kostengünstige Energie bis ins letzte Haus muss der Maßstab einer **sozialen Energiepolitik** sein.

Mecklenburg-Vorpommern ist wegen der starken **Nutzung regenerativer Energien** auf dem Weg zum Stromexportland. Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen wie Biomasse, Wind, Sonne und Geothermie zur Stromgewinnung schwankt stark. Das führt zu neuen Anforderungen an die Stromnetze.

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine andere Netzstruktur, um für das Zeitalter der erneuerbaren Energien gewappnet zu sein. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die

gesetzlichen Voraussetzungen für eine zügige **Anpassung der Stromnetze** an die neuen Erfordernisse in der Energiewirtschaft geschaffen werden. Wir werden prüfen, ob die Genehmigungsverfahren für sämtliche energietechnischen Bauvorhaben in Mecklenburg-Vorpommern ab dem 01.01.2013 bei einer Behörde gebündelt werden können. Widerspruchsverfahren sollen gestrafft und die Zahl der Träger öffentlicher Belange in diesen Verfahren beschränkt werden. Es ist sicherzustellen, dass der in den Küstenregionen produzierte Strom auch zu den Verbrauchern in anderen Teilen Deutschlands fließen kann.

Um die Nutzung der **Windenergie** effizienter zu machen, werden wir das sogenannte Repowering – also den Ersatz alter Anlagen durch neue, leistungsstärkere Maschinen – deutlich erleichtern. Für die CDU geht eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit bestehender Windkraftstandorte vor eine weitere Ausweisung neuer Flächen..

Im Bereich der Nutzung der **Biomasse** zeigen sich Konflikte mit der Nahrungsmittelproduktion. Die Herstellung von Lebensmitteln steht für uns im Vordergrund.

Wir wollen, dass die **Stadtwerke** ihren Platz in einer neuen Energiewelt haben. Gerade die kommunalen Unternehmen können einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Versorgung im ländlichen Raum leisten. Gemeinsam gilt es, Wege für innovative und maßgeschneiderte Modelle zu ebnet.

9.

Unseren Kindern und Enkeln keine Schulden hinterlassen – nachhaltige Finanzpolitik sichert Zukunft

Was haben wir erreicht

In der Großen Koalition hat die CDU nachdrücklich eine solide Finanzpolitik mit umgesetzt. Auch wenn der Weg dorthin teilweise schmerzhaft war, haben wir die Haushaltskonsolidierung vorangetrieben. So wurde das Personalkonzept umgesetzt und fortgeschrieben. Dank unserer Hartnäckigkeit muss das Land selbst in der Wirtschafts- und Finanzkrise, keine neuen Schulden machen. Ein intelligentes Schuldenmanagement half, alte Verbindlichkeiten zu tilgen, die Zinslasten zu senken und die Pro-Kopf-Verschuldung zu begrenzen.

Obwohl Mecklenburg-Vorpommern haushaltspolitisch solide dasteht, offenbaren die finanzpolitischen Eckdaten einen erheblichen Handlungsbedarf: Die Zuweisungen aus dem Solidarpakt II (allein 2010 noch 920 Millionen Euro) laufen 2019 aus. Die Zuweisungen aus den EU-Fonds werden ab 2014 sinken. Zusätzlich wirkt sich der Einwohnerrückgang mit jedem Einwohner und Jahr mit 2.400 Euro fehlenden Bundeszuweisungen aus.

Es steht fest, dass in den nächsten Jahren die Zuweisungen von EU- und Solidarpaktmitteln zurückgefahren werden. Darauf gilt es, sich durch eine solide Finanzpolitik einzustellen. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern setzt sich daher weiter für eine gerechte und transparente Verteilung von Finanzmitteln an die Landkreise und Gemeinden ein.

Was wollen wir von 2011 bis 2016

Wir wollen aus eigener Kraft unsere Zukunft gestalten. Dafür braucht es ein klares, überprüfbares Ziel. Dieses lautet: Wir hinterlassen unseren Kindern und Enkeln keine riesigen Schuldenberge. Wir reden nicht, wir handeln. Wir versprechen nicht, wir tun.

Finanzielle Spielräume müssen wir dabei selbst organisieren. Dazu gilt es, den Bürokratieabbau voranzutreiben. Es ist bisher noch nicht ausreichend gelungen, Verordnungen zu streichen und Verwaltungsverfahren zu beschleunigen. Das wird sich

ändern. Wir werden ein Drittel der Verwaltungsvorschriften abschaffen, Genehmigungsverfahren konzentrieren und verkürzen. Im Bund setzen wir uns für ein einfaches und damit kontrollierbares Steuerrecht ein sowie für ein rechtssicheres System mit verständlichen Bescheiden im Sozialbereich.

Wir werden die Ausgaben des Landes an die Einnahmen anpassen. Dazu werden wir die Ausgaben in den kommenden fünf Jahren bezogen auf die aktuellen Planzahlen schrittweise um insgesamt 350 Mio. € senken. Dem Land zustehende Steuermehreinnahmen werden wir ab einer Summe von 10 Millionen Euro zu mindestens einem Drittel zur Schuldentilgung nutzen. Basis dafür sind die jeweiligen Steuerschätzungen.

Für die Haushaltsplanung des Landes haben sich Doppelhaushalte bewährt. Im Jahr 2014 erleben wir jedoch durch den Beginn einer neuen Fördermittelperiode bei der Europäischen Union die voraussichtlich mit weniger Zuweisungen verbunden ist. Darauf werden wir uns mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 vorbereiten. In vielen Fällen ist zu prüfen, ob europäische Mittel sich durch Landesmittel kompensieren lassen oder ob bisherige Förderprogramme auslaufen können.

Um den öffentlichen Dienst attraktiv zu halten, wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern das gleiche Besoldungssystem und damit auch das gleiche Vergütungsniveau einführen, wie es in den anderen norddeutschen Flächenländern gilt. Mecklenburg-Vorpommern leistet sich trotz knapper Kassen immer noch eine zu große Landesverwaltung. Deshalb ist eine weitere Straffung auch an dieser Stelle notwendig.

Die Strukturen der Landesbehörden werden unter dem Gesichtspunkt der Effizienz erneut überprüft. Der Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern hat sich nicht bewährt und wird restrukturiert. In diesem Zusammenhang wird im Bereich des Hochbaus die entsprechende Abteilung im Finanzministerium durch ein Kompetenzteam verstärkt, das die Behörden in Baufragen berät. Außerdem prüft die CDU eine Übertragung der Bauherreneigenschaft auf die Universitäten und Hochschulen.

Die Zusammenarbeit der Norddeutschen Länder funktioniert bei Eichämtern, Landesbesoldungsamt, dem gemeinsamen Mahngericht und dem Havariekommando, das bei Unfällen auf der Ostsee tätig wird, bereits gut. Vor diesem Hintergrund greifen wir die Anregung des Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern auf und streben einen gemeinsamen Rechnungshof mit der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Bundesland Schleswig-Holstein an. Außerdem wollen wir prüfen, wie sich Laborkapazitäten länderübergreifend nutzen lassen.

Wir sind überzeugt, dass es richtig ist, unseren Enkeln keine Schulden zu hinterlassen. Deshalb sind wir für die Aufnahme der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse in die Landesverfassung. Zusätzlich werden wir einen 25-Jahre-Tilgungsplan für die bestehenden Schulden des Landes vorlegen und den tagesaktuellen Schuldenstand in einer leicht zugänglichen Internetpräsenz offen legen. Land und Kommunen bilden eine Solidargemeinschaft. Es gilt, im Interesse nachwachsender Generationen gemeinsam zu handeln. Mit den Vertretern der Landkreise, kreisfreien Städte und den kommunalen Landesverbänden wollen wir daher den Dialog fortsetzen, um die wachsende Verschuldung vieler Kommunen zu stoppen. Die Frage der kommunalen Altschulden lösen wir gemeinsam. Auch dafür werden wir mit den Kommunen in einen Dialog eintreten. Ein Lösungsansatz kann eine aufgabenbezogene Finanzierung sein. Dieses Konzept könnte z.B. über eine Mindestgarantie abgesichert werden. Gegenüber dem Bund setzen wir uns

für die Verankerung des Prinzips der Konnexität ein, damit die Sozialkosten von den Kommunen getragen werden können.

Mit dem Solidarpakt II, der 2019 ausläuft, unterstützt der Bund die neuen Bundesländer. Um den Aufbau der neuen Länder zu finanzieren, war der Solidaritätszuschlag eingeführt worden, der seit 1998 auf 5,5 Prozent festgesetzt ist. Der Bund erzielt bereits ab 2012 Überschüsse aus dem Solidaritätszuschlag. An diesen müssen Länder und Kommunen beteiligt werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass diese Zusatzabgabe auf die Lohn- und Einkommenssteuer spätestens 2019 ausläuft.

Der Länderfinanzausgleich stellt sicher, dass finanzstarke Bundesländer den finanzschwachen Bundesländern Unterstützung geben. Das gegenwärtige System berücksichtigt eine Reihe von Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes, wahrt die Interessen der finanzschwachen Länder und gibt gleichzeitig einen Anreiz für eine solide Haushaltspolitik. Die einvernehmlich getroffenen Vereinbarungen aus dem Juni 2001 sind bis zum Jahr 2019 gültig. Der Länderfinanzausgleich hat sich grundsätzlich bewährt.

Wir wollen auch künftig einen gerechten Länderfinanzausgleich. Wir streben an, mit den norddeutschen Bundesländern Eckpunkte für eine Neuregelung abzustimmen, die dem Grundgedanken der Solidarität höchste Priorität einräumt.

Nur eine solide Finanzpolitik sichert die Zukunft! Wir werden die vorhandenen Schulden Schritt für Schritt abbauen und den Haushalt weiter konsolidieren. Wir bauen Verwaltung ab und setzen klare Prioritäten. So erschließen wir neue Spielräume.